

DIE WIENER POLIZEI



ZUSAMMENARBEIT:

POLIZEI & FEUERWEHR

Foto: Bernhard Elbe

SERIE ÜBER BEDEUTENDE KRIMINALISTEN: RUDOLF SCHNEIDER, ERFINDER DER „WIENER FOLIE“

INNERE STADT:

Brigadier Roman Friedl, seit 1981 Polizist in Wien, ist neuer Leiter im SPK des ersten Wiener Bezirks

FAVORITEN:

Favoriten hat mit Oberst Johann Wlaschitz und mit Hofrat Walter Czapek eine neue Polizeiführung

BRIGITTENAU:

Hotspots, spannungsgeladenes Publikum – und hochmotivierte Polizistinnen und Polizisten



Seite
10

POLIZEI & BEURFSFEUERWEHR:

Polizei und Berufsfeuerwehr geben ihrer Zusammenarbeit Qualität; in einer Seminarreihe erfuhren Polizistinnen und Polizisten, worauf es bei gemeinsamen Einsätzen ankommt.



Seite
20

BRIGITTENAU:

Mehrere Hotspots, eine ganze Reihe von Veranstaltungen, eine hohe Einwohnerzahl machen den zweiten und zwanzigsten Bezirk für die Polizei zu einem arbeitsintensiven und interessanten Gebiet.



Seite
34

WIEN-FAVORITEN:

Hofrat Walter Czapek und Oberst Johann Wlaschitz leiten seit Kurzem das Polizeikommissariat bzw. das Stadtpolizeikommando Favoriten – der 10. Bezirk gilt als „heißes Pflaster“.

INTERN

- 4 Editorial

MAGAZIN

- 7 Spatenstich für dritten Verkehrslehrgarten in Wien; Raiffeisen-Sicherheitsverdienstpreis
- 8 Standpunkt der Seelsorge: Rudolf Prokschi
- 9 **MENSCHLICH:** „Wer nicht mit der Zeit geht – der geht mit der Zeit“

POLIZEI & PARTNER

- 10 Partner in vielen Lebenslagen: Die Berufsfeuerwehr Wien und die Polizei arbeiten in zahllosen Amtshandlung jeden Tag zusammen
- 15 Interview: Worauf es bei der Zusammenarbeit mit der Feuerwehr ankommt

POLIZEI IN WIEN

- 18 Ausrüstung: 1.500 Polizistinnen und Polizisten erhielten im Vorjahr ballistische Gilets zum Stichschutz; 2019 kommen 4.000 hinzu
- 20 Brigittenau & Leopoldstadt: Mehrere Hotspots, ein oft spannungsgeladenes Publikum und eine hochmotivierte Polizei
- 24 Innere Stadt: Brigadier Roman Friedl ist seit Oktober 2018 Kommandant im ersten Bezirk – dem „Aushängeschild“ von Wien, wie er sagt
- 27 „Wahrnehmungsmeldungen“: Wenn Polizisten scheinbar unbedeutenden Kleinigkeiten große Aufmerksamkeit widmen
- 28 Zahlungskartenbetrug: Betrüger kommen oft mit wenig technischem Aufwand zu hören Schadenssummen als Einbrecher und Diebe
- 34 Wien-Favoriten I: In der größten Sicherheitsbehörde Österreichs setzt der neue Stadthauptmann Walter Czapek auf Zusammenarbeit
- 37 Wien-Favoriten II: Für den neuen Stadtpolizeikommandanten Johann Wlaschitz ist Vernetzung das Um und Auf der Polizeiarbeit
- 40 Hilfe zur Selbsthilfe: Die Mitarbeiterbetreuung der Landespolizeidirektion hilft bei der Lösung beruflicher und privater Krisen und Problemen

POLIZEIGESCHICHTE

- 40 Die erfolgreichsten Kriminalisten Wiens (Teil 4): Polizeiaгент Rudolf Schneider erfand 1909 eine Folie zum Abnehmen von Fingerabdruckspuren

BÜCHER

- 49 „Das Böse – Die Psychologie unserer Abgründe“

SCHLUSSLICHT

- 50 Geschichtliches, Stilblüten, Zitate, Impressum

**Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser!**



Einige Wochen sind seit dem Jahreswechsel vergangen. Mittlerweile dürfte sich bereits gezeigt haben, ob die eigenen Neujahrsvorsätze umgesetzt wurden oder um ein weiteres Jahr aufgeschoben werden.

Noch mehr Zusammenarbeit ist jedenfalls ein Vorsatz, den ich immer unterstützen werde. Insbesondere im Polizeialltag muss man sich auf das bestehende Team verlassen können. In den kommenden Monaten wird sich die Aufnahmeoffensive insofern auswirken, als viele neue Kolleginnen und Kollegen in den Polizeidienst aufgenommen werden. Lassen Sie diese Menschen an Ihrem Wissen und Ihrer Erfahrung teilhaben und sorgen Sie dafür, dass sie sich gut in unsere Polizeifamilie eingliedern können.

Auch die Kooperation mit anderen Einsatzorganisationen, wie zum Beispiel der Feuerwehr oder der Rettung, ist unerlässlich, um unser Ziel zu erreichen – die Sicherheit in Österreich zu gewährleisten. Diese Ausgabe beschäftigt sich unter anderem mit dem richtigen Verhalten im Brandfall. Da die Polizei und die Wiener Berufsfeuerwehr bei Bränden, Verkehrsunfällen oder Katastrophen meist gemeinsam am Einsatzort sind, können Kenntnisse über die Abläufe der jeweils anderen Einsatzorganisation helfen, Sachschäden zu begrenzen, Brandstifter zu fassen und vor allem Menschenleben zu retten. Ing. Jürgen Figerl, Presse- und Informationsoffizier der Wiener Berufsfeuerwehr (MA 68), gibt im Interview Tipps, wie Polizistinnen und Polizisten vorgehen sollen, wenn sie vor der Feuerwehr am Brandort eintreffen.

Abschließend möchte ich Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, Folgendes mitgeben: Nützen Sie das Jahr 2019, um Ihre beruflichen und privaten Ziele voranzutreiben. Gleichzeitig nehmen Sie sich aber auch bitte die Zeit, um zu reflektieren und sich jene Dinge bewusst zu machen, für die es gilt, dankbar zu sein.

In diesem Sinne wünsche ich ein erfolgreiches Jahr 2019.

*Dr. Gerhard Pürstl
Landespolizeipräsident*

DIE POLIZEI IN WIEN



Spatenstich für die Sicherheit von Kindern im Wiener Straßenverkehr.

NEUER VERKEHRSLEHRGARTEN

Zu einem Spatenstich trafen der damalige Stadthauptmann von Liesing, Dr. Walter Czapek, der Leiter von „Jugend am Werk“ Elisenstraße, Eric Forster, und der Liesinger Bezirksvorsteher Gerald Bischof am 10. Dezember 2018 zusammen. Im 10. Bezirk soll ein dritter Verkehrsgarten in Wien entstehen.

Am Gelände eines Verkehrsgartens lernen Kinder die Straßenverkehrsordnung kennen und können bei Polizistinnen und Polizisten die Radfahrprüfung ablegen. Der neue Verkehrsgarten in Liesing ist der erste, bei dem Kinder und Jugendliche gemeinsam mit Men-

schen mit Behinderung das richtige Verhalten im Straßenverkehr erlernen und dabei auch voneinander lernen können.

Das Projekt des „inkluisiven Verkehrslehrgartens“ kam in Kooperation zwischen Polizei und der Hilfsorganisation „Jugend am Werk“ zustande. Die Eröffnung des knapp 1.400 Quadratmeter großen Geländes ist für Frühsommer 2019 geplant.

Die anderen beiden Verkehrsgärten sind im Prater in der Prater Hauptallee und in der Tetmajergasse in Floridsdorf.

POLIZEIBALL 2019

Der Polizeiball 2019 findet heuer am 22. Februar traditionellerweise im Wiener Rathaus statt. Musikalisch begleitet wird die Veranstaltung von der Polizeimusik Wien mit dem Ballorchester und einer Big-Band. Im Wappensaal des Rathauses gibt es eine *Radio-Wien-Disco*.

Kartenvorverkauf ist möglich in der Landespolizeidirektion Wien (+43-1-31310-76222 oder 76085), in jedem Stadtpolizeikommando oder im Internet unter www.wienerpolizeiball.at.



EHRUNGEN

FÜR DIE SICHERHEIT

Der Sicherheitsverdienstpreis der Raiffeisenbank Niederösterreich/Wien wurde am 13. Dezember 2018 zum 41. Mal an Polizistinnen und Polizisten verliehen. Sie erbrachten durch Zusammenarbeit und Teamwork herausragende Leistungen.



Raiffeisen-Sicherheitsverdienstpreis 2018

Insgesamt waren 41 Preisträger ins Raiffeisenforum Wien in die Leopoldstadt geladen. Vertreter des Innenministers war Kabinettschef Mag. Reinhard Teufel. Landespolizeipräsident Dr. Gerhard Pürstl und der stellvertretende Generaldirektor der Raiffeisenbank Niederösterreich/Wien, Mag. Reinhard Karl, gratulierten den Gewinnern.

Ausgezeichnet wurden Bedienstete des Stadtpolizeikommandos (SPK) Margareten, die mit Kollegen des Landeskriminalamts/Außenstelle (LKA/ASt) West mehrere schwere Straftaten eines Pflegehelfers aufgeklärt hatten. Beamte des SPKs Floridsdorf waren erfolgreich im Kampf gegen eine Jugendbande. Polizisten der WEGA hatten einer Frau das Leben gerettet, nachdem sie einen Messerstich erlitten hatte; den mutmaßlichen Täter nahmen sie fest. Wegen Verhinderung eines School-Shooting-Falls wurden Beamte des Landesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, der LKA/ASt Nord und des SPK Donaustadt ausgezeichnet. Für die Klärung von 33 Straftaten mit 30 Angezeigten und 14 Verhaftungen wurden Beamte des LKAs ausgezeichnet.

**SEELSORGE****LIEBE
KOLLEGINNEN
UND KOLLEGEN!**

Ein neues Jahr hat begonnen und es gibt auch ein neues Gesicht in der Polizeiseelsorge Wien. Erzbischof Christoph Kardinal Schönborn hat mich mit Wirksamkeit vom 1. November 2018 zum ehrenamtlichen Landeseelesorger der Polizeiseelsorge Wien ernannt.

Ich wurde 1953 im Weinviertel in Niederösterreich geboren und habe nach meinem Studium der katholischen Theologie an der Universität Wien 1978 das Sakrament der Priesterweihe durch Erzbischof Franz Kardinal König empfangen. Nach vielen Verwendungen im In- und Ausland war ich bis Ende September 2018 Universitätsprofessor für Patrologie („Lehre der Kirchenväter“) und Ost-

kirchenkunde an der hiesigen katholisch-theologischen Fakultät.

Mein Vater war in meinem Heimatort Gendarmerie-Postenkommandant. Vor rund 20 Jahren ist mein Neffe in die Fußstapfen meines Vaters gestiegen und gehört seit dieser Zeit der Exekutive an.

Als katholischer Priester möchte ich für alle Polizeiangehörige und deren Familien einfach da sein, wenn mich jemand braucht oder ein persönliches Gespräch mit mir sucht. Besonders will ich meine priesterlichen Dienste jenen anbieten, die im Glauben Stütze und Halt für ihren fordernden Dienst bei der Polizei suchen. In gemeinsam gefeierten Gottesdiensten möchte ich die ganze Bandbreite an Freud' und Leid des menschlichen Lebens vor Gott zur Sprache bringen. Ich denke, dass die reaktivierte Kapelle in der Rossauer Kaserne in Zukunft ein guter Ort der Begegnung zwischen Gott und Mensch werden könnte. Deshalb haben meine Mitarbei-

ter und ich für die kommenden Monate bis zur Sommerpause konkret einige thematische Messen geplant, zu denen Sie alle recht herzlich zum Mitfeiern eingeladen sind.

Außerdem ist mir die Zusammenarbeit in meinem Team ein großes Anliegen, damit wir gemeinsam unseren großen Aufgaben gerecht werden können. In diesem Zusammenhang will ich die Gelegenheit nützen, allen zu danken, die mich ermutigt haben, diesen Dienst zu übernehmen, mich freundlich in ihren Reihen aufgenommen und mich tatkräftig unterstützt haben.

Für alle Anregungen, aber auch für kritische Anfragen sind wir Seelsorger und Seelsorgerinnen offen und bemüht, im Gespräch eine gute Lösung herbeizuführen.

Gottes Segen für das (noch) neue Jahr 2019 erbittet für Sie und für Ihre Angehörigen

Domdekan Rudolf Prokschi



MENSCH & ICH

WER NICHT MIT DER ZEIT GEHT, ...

2019 ist für die Polizei ein Gedenk- und Jubiläumsjahr: „150 Jahre Sicherheitswache“.

Viele unserer jungen Kolleginnen und Kollegen können sich an „die Sicherheitswache“ nicht mehr erinnern. „Die Sicherheitswache“ (kurz „SW“) war bis 2005 der uniformierte Teil der Polizei. Am 2. Februar 1869 genehmigte der Kaiser die Errichtung der *k.k. Sicherheitswache* in Wien.

Das ist Anlass genug, sich die Entwicklung der „SW“ aus historischer Sicht anzusehen. Gegründet in einer Monarchie, mit 122 Mann, waren es 1914 schon 4.350. Lange Zeit wurde die „SW“ zur Verfolgung Andersdenkender eingesetzt. Im

„Dritten Reich“ wurde die „SW“ zur „Schutzpolizei“ und war an menschenverachtenden Gräueltaten beteiligt. In der Zweiten Republik entwickelte sich die „SW“ zu einer verfassungsrechtlichen Organisation in einer demokratischen Republik.

Ein solcher „Rückblick auf unsere (Organisations-)Geschichte“ hat aber auch eine Verpflichtung: Den „Vorausblick auf unsere Zukunft“.

Im Jahr 2019 kann „die Polizei“ nicht so agieren und geführt werden wie 1869, 1914, 1938 oder auch 1980. Die Zeit, in der wir leben und polizeilich agieren müssen, hat eine sich ständig verändernde Gesellschaft. Ansprüche und Anforderungen haben sich geändert, die Kommunikationstechnik hat sich rasant entwickelt und die Erwartungen an eine transparente Polizei sind andere geworden. Die Zeiten, wo die „Staatsmacht“ unkritisiert und unreflektiert „mächtig“ sein

durfte, ist vorbei. Gott sei Dank! Diese Erkenntnis trifft nicht nur die Polizistinnen und Polizisten auf der Straße, sondern auch die Führung.

„Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit!“ – diesen Spruch kennen wir.

Wenn wir keine Bereitschaft zeigen, uns mit gesellschaftlich-sozial entsprechenden Prozessen zu beschäftigen, sondern in einem „Stil“ verharren, der schon vor Jahrzehnten unpassend war, wird die Polizei früher oder später zu „Gegnern der Gesellschaft“.

Es braucht Intelligenz, Selbstreflexion, Mut, Weitsicht, Weisheit und Visionen. Und das alles mit einem großen Maß an Würde und Respekt vor den Menschen. Macht haben wir als Polizei. Die wichtige Frage ist aber, „wie“ wir sie einsetzen und zu welchen Zwecken wir sie nutzen.

Interessieren wir uns für die Zukunft und stellen wir die richtigen Fragen.

Friedrich Kovar

Zusammenarbeit bei

Die Wiener Polizei und die Wiener Berufsfeuerwehr arbeiten täglich in Dutzenden Einsätzen zusammen. Umfassende Informationen, wie die Polizei die Feuerwehr bei Einsätzen unterstützen kann, gab es bei einer Seminarreihe für Wiener Exekutivbedienstete.

Bei Bränden, Verkehrsunfällen oder Katastrophen sind Polizei und die Wiener Berufsfeuerwehr meist gemeinsam am Einsatzort. Ihre professionelle Zusammenarbeit trägt dazu bei, dass Sachschäden begrenzt, Brandstifter gefasst und nicht zuletzt Menschenleben gerettet werden. Grundlegende Kenntnisse über die Abläufe der jeweils anderen Einsatzorganisation helfen, Reibungsverluste zu vermeiden. Im Rahmen der 2018 durchgeführten Seminare unter dem Titel „Zusammenarbeit bei Feuerwehreinsätzen“ erhielten Exekutivbedienstete nicht nur umfassende Informationen, sondern hatten auch die Gelegenheit, Kollegen von der Berufsfeuerwehr persönlich kennenzulernen.

„Unser Vorschlag, für Wiener Polizistinnen und Polizisten eine Vortragsreihe durchzuführen, ist bis in die höchsten Kreise der Polizei äußerst positiv aufgenommen worden“, sagt Ing. Jürgen Figerl, Presse- und Informationsoffizier der Magistratsabteilung 68 – Feuerwehr und Katastrophenschutz.

„Wir haben gemerkt, dass der Polizei eine gute Zusammenarbeit sehr wichtig ist.“ Die Seminare fanden von April bis Juli 2018 in allen Stadtpolizeikommanden statt. Neben den Stadtpolizeikommandanten nahmen je zwei bis drei Vertreter der Polizeiinspektionen teil, rund 10 bis 15 Beamte pro Termin. Jetzt sollen die Informationen innerhalb der Polizeiinspektionen weitergegeben werden.

In den Seminaren, bei denen nach einem dreiviertelstündigen Vortrag die Möglichkeit bestand, Fragen zu stellen, zeigten die Teilnehmer reges Interesse an der Arbeit der Wiener Berufsfeuerwehr. Während der Einsätze ergibt sich kaum eine Gelegenheit, mehr über die 1686 gegründete und damit älteste Berufsfeuerwehr der Welt zu erfahren. Heute ist diese als „MA 68 – Feuerwehr und Katastrophenschutz“ Teil der Wiener Stadtverwaltung. Sie gliedert sich in neun Brandschutzsektionen mit je einer Hauptfeuerwache und bis zu zwei Nebenwachen, die insgesamt ein Schutzgebiet von 415 Quadratkilometern betreuen.



In Tausenden Einsätzen pro Jahr arbeiten

Täglich 1.000 Notrufe. Zu den Aufgaben der Feuerwehr zählen neben der Brandbekämpfung unter anderem Hilfeleistungen bei Elementarereignissen für Menschen oder Tiere in Zwangslagen, die Bergung von Leichen, Kata-

Feuerwehreinsätzen



Feuerwehr und Polizei erfolgreich zusammen.

strophenschutz sowie Sofortmaßnahmen bei öffentlichen Notständen wie technischen Gebrechen, Strahlenunfällen oder Verkehrsbehinderungen. Je rund ein Drittel der durchschnittlich mehr als 35.000 Einsätze pro Jahr ent-

fallen auf Brände bzw. auf technische Hilfestellungen. Täglich langten in der Notruf-Leitstelle mehr als 1.000 Anrufe ein. Etwa jeder zehnte führt zu einem Einsatz.

Wie für die Aufnahme bei der Poli-

zei gelten für Anwärter auf den Dienst bei der Berufsfeuerwehr strenge Kriterien. Im Unterschied zur Polizei verlangt die Feuerwehr eine abgeschlossene Berufsausbildung, bevorzugt in feuerwehrspezifischen Handwerksberu-



Feuerwehrfahrzeuge brauchen genügend Abstand nach hinten zu anderen Fahrzeugen, um ihre Gerätschaft bei der Brandlöschung nützen zu können.

fen, und den Führerschein der Klassen B, C und E. Beim schriftlichen Test werden auch praktisches und technisches Verständnis, räumliches Vorstellungsvermögen, Merkfähigkeit und logisches Denken überprüft. Der Bewerber muss den psychischen Belastungen des Berufs gewachsen sein und einen körperlichen Test absolvieren.

„Pro Jahr gibt es 500 bis 700 Interessenten, von denen nicht alle zum Test antreten. Aufgenommen werden letztendlich 40 bis 50“, illustriert Figerl mit Zahlen die Anforderungen. Diese sind für Männer und Frauen gleich; der einzige Unterschied besteht darin, dass

Frauen, die die Aufnahmeprüfung bestanden haben, sofort den nächsten frei werdenden Ausbildungsplatz erhalten und Männer manchmal länger als ein Jahr darauf warten müssen. Damit soll der Anteil weiblicher Feuerwehrleute – derzeit 6 von 1.800 – erhöht werden.

Brände, Technik, Schadstoffe. Die 105 Tage dauernde Grundausbildung gliedert sich in drei Themenbereiche: Branddienst, technischer Hilfsdienst und Schadstoffdienst. Dazu kommen ein kombiniertes Einsatztraining mit Kollegen aus der weiterführenden Ausbildung und eine magistratsinterne

dienstrechtliche Schulung. Im Branddienst werden standardisierte Einsatzabläufe trainiert, bis sie zur Routine geworden sind. Zu Beginn übt man einfache Tätigkeiten, etwa das Auslegen und Rollen von Schläuchen, schließlich gesamte Einsatzabläufe.

Beim technischen Hilfsdienst steht das sichere Bedienen der Geräte im Vordergrund. Die neuen Mitarbeiter erhalten grundlegende Informationen über den Ablauf technischer Einsätze, etwa bei Verkehrsunfällen. „Wo ist der Geräteablageplatz, wo der Schrottablageplatz? Welche Ausrüstung brauche ich? Wo liegen die Gefahrenquellen?“, nennt Figerl einige Beispiele für Fragen, die in diesem Teil der Grundausbildung geklärt werden. Auch die Zusammenarbeit mit der Polizei wird thematisiert, etwa wenn sie den Unfallbereich weitläufig absperren soll.

Im Schadstoffdienst lernen die angehenden Feuerwehrleute, von Schadstoffen ausgehende Gefahren zu erkennen. Vergleichsweise einfach ist das bei gekennzeichneten Gefahrstoffen; steht etwa ein „X“ vor der Gefahrnummer, darf zum Löschen kein Wasser verwendet werden. Eine Gefahr kann aber auch von Gasflaschen ausgehen oder durch untypisch aussehenden Brandrauch angezeigt werden.

Praxisnähe. Das in der Grundausbildung angeeignete Wissen und Kön-



Von jährlich 500 bis 700 Interessenten werden 45 bis 50 in den Dienst der Berufsfeuerwehr Wien aufgenommen.

nen wird in der weiterführenden Ausbildung vertieft und durch den Umgang mit den Gerätschaften der Sonderfahrzeuge ergänzt. Das „duale System“ sorgt für Praxisnähe, da die Inhalte einerseits in den Ausbildungseinheiten, andererseits bei der laufenden Einsatzfähigkeit in den „Kurswachen“ vermittelt werden. Nach Absolvierung der weiterführenden Kurse können die Feuerwehrleute eine Sparte wählen und die Chargenausbildung in den Bereichen Branddienst, Nachrichtendienst oder Fahr- und Maschinendienst absolvieren. Zusätzlich gibt es Ausbildungen in Sonderdiensten, etwa zum Höhenretter, Einsatztaucher, Schiffsführer, Inspektionsrauchfangekehrer oder Feuerwehrimker.

Der praktische Teil der Ausbildungen findet zum Großteil im Feuerwehrausbildungszentrum Floridsdorf statt. Dort gibt es unter anderem ein Brandübungshaus mit Brandraum, eine Atemschutzübungs-

strecke, eine Schadstoffübungsbox, eine Tiefbauübungsanlage, ein Trümmerhaus, bei dem beispielsweise Bauunfälle simuliert werden können,

und einen U-Bahn- und einen Straßenbahn-Waggon, an denen man die Verwendung des hydraulischen Hebewerkzeugs üben kann. Im Flash-over-Container lassen sich Brandverläufe bei unterschiedlichen Brennstoffen beobachten und Löschtechniken testen.

Das Feuerwehrausbildungszentrum Floridsdorf ist mit rund 1.500 Terminen pro Jahr „gut gebucht“; nach Anfrage und freier Kapazität können es auch andere Hilfsorganisationen und das Bundesheer nutzen. Dort proben auch Sondereinheiten der Polizei – sowohl die WEGA als auch das Einsatzkommando Cobra – gemeinsam mit der Feuerwehr für den Ernstfall. „Mit der Cobra haben wir unter anderem Gefahrenlagen in einem Brandobjekt geübt, beispielsweise mit einem im Objekt verschanzten Schützen“, erklärt Figerl. „Die Cobra ist unter Atem-

Wir schauen im
Einsatz, ob etwas auf
Brandstiftung hinweist

Assistenzleistung.

Nicht um einen Brand, sondern um eine Hausbesetzung handelte es sich bei dem gemeinsamen Einsatz von Berufs-

feuerwehr und WEGA am 7. Dezember 2018. Als das Gebäude, früher Sitz der Druckerei *Rema Print*, geräumt wurde, waren einige Aktivisten aufs Dach geklettert. „Die Polizei hat uns um Assistenzleistung ersucht. Wir haben zwei WEGA-Beamte mit dem Korb der Drehleiter auf das Dach gehoben, wo der Zugriff erfolgt ist“, schildert Figerl. Als Vorsichtsmaßnahme wurde der Maschinist der Drehleiter von Polizisten mit Schilden geschützt – ein halbes Jahr davor waren ein Feuerwehrmann und zwei Polizisten verletzt worden, als ein auf ein Dach geflüchteter Straftäter mit Dachziegeln geworfen hatte.

Wie die Polizei die Feuerwehr bei Bränden unterstützen kann, wurde in den Seminaren für die Wiener Polizei ausführlich behandelt. Manchmal können aber auch Maßnahmen von Nut-

zen sein, die man nicht unbedingt mit einem Brand in Verbindung bringt. Figerl erinnert sich an einen von ihm geleiteten Einsatz bei einem Kellerbrand im April 2018 in der Blumberggasse: „Die Polizei war uns bei der Wohnungskontrolle eine große Hilfe. Sie hat über das zentrale Melderegister, auf das wir keinen direkten Zugriff haben, die Kontaktdaten der Mieter organisiert, die nicht zu Hause waren. Die versperrten Wohnungen, deren Bewohner wir dadurch telefonisch kontaktieren konnten, mussten von uns nicht gewaltsam geöffnet werden.“

Umgekehrt bemüht sich auch die Feuerwehr, der Polizei die Arbeit zu erleichtern. „Wir schauen während des Einsatzes, ob etwas auf Brandstiftung hindeutet: Verhalten sich Personen am Brandort verdächtig? Ist das Schloss zum brennenden Kellerabteil bereits vor der Brandbekämpfung aufgezwickelt?“, nennt Figerl konkrete Beispiele. Auch aus Informationen zur Brandausbreitung, zu Sperrverhältnissen und zum Zustand des Sicherungskastens lassen sich Schlüsse ziehen, die im Fall eines gelegten Brandes dazu beitragen können, den Täter auszuforschen und etwaige weitere Brandstiftungen zu verhindern.

Rosemarie Pexa



Ähnlich strenge Aufnahmekriterien für Polizei und Feuerwehr: Man muss körperlich geeignet sein und psychischen Belastungen standhalten können.

Löschen & retten

Wie soll die Polizei vorgehen, wenn sie vor der Feuerwehr am Brand eintrifft? Ing. Jürgen Figerl, Presse- und Informationsoffizier der Wiener Berufsfeuerwehr (MA 68) fasst die Tipps zusammen.

Polizei: *Wie ist die Idee zu den Seminaren für die Wiener Polizei entstanden?*

Jürgen Figerl: Bei Bränden beobachten wir immer wieder, dass sich Polizisten in verrauchten Bereichen in Gefahr bringen. Letzten November war der Fall einer Pensionistin in den Medien, die von zwei Polizisten gerettet wurde, die sich ihr Polizeihemd vor den Mund gehalten haben. Aber sämtliche Atemgifte gehen durch den Stoff durch und gefährden die Gesundheit der Betroffenen.

Wir sind in ganz Wien in wenigen Minuten am Brandort und steigen mit angelegten Atemschutzgeräten aus dem Fahrzeug. Es ist sinnvoller, wenn uns die Polizei genaue Informationen gibt, wo sich in einem brennenden Gebäude Personen befinden, statt sich selbst in Gefahr zu bringen.

Ist es auch schon passiert, dass Polizisten Rauchgasvergiftungen bekommen haben?

Figerl: Ja, leider wird immer wieder unterschätzt, wie gefährlich Brandrauch ist. Bereits wenige Atemzüge im verrauchten Bereich verursachen eine Rauchgasvergiftung. Deshalb ist es uns auch wichtig, unnötige Evakuierungen zu vermeiden, bei denen Hausbewohner durch verrauchte Bereiche flüchten müssen.

Welche Inhalte sind in den Seminaren behandelt worden?

Figerl: Damit die Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr nicht behindert werden, ist es vor allem darum gegangen, den Platzbedarf zu vermitteln. Schon bei



Jürgen Figerl: „Exekutivbeamte sollten nur bis zur Rauchgrenze vordringen und unter keinen Umständen verrauchte Bereiche betreten.“

einem Zimmerbrand rücken wir mit fünf Fahrzeugen an. Besonders für die Aufstellung der Drehleiter ist der Platzbedarf hoch, dafür müssen direkt vor dem Einsatzobjekt mindestens 25 mal 3,5 Meter freigehalten werden. Die einweisenden Kräfte der Polizei dürfen sich nicht wundern, wenn die ersten beiden Feuerwehrfahrzeuge vorbeifahren – sie lassen den Platz für die Drehleiter frei.

Später vor Ort eintreffende Polizeifahrzeuge sollen nicht direkt hinter Feuerwehrfahrzeugen abgestellt werden. Zur Menschenrettung führen wir eine Schiebleiter mit, etwa wenn wir einen Bereich in einem Innenhof nicht mit der Drehleiter erreichen können. Diese Schiebleiter hat 80 Kilogramm, die kann man nur nach hinten abpacken, über eine dafür vorgesehene Abrollvorrichtung.

Ein weiterer wichtiger Punkt in den Seminaren war die richtige Vermittlung der Lageinformation.

Worauf muss man dabei achten?

Figerl: Aufgrund des Streifendienstes ist es häufig so, dass die Polizei vor der Feuerwehr eintrifft, sie hat dann einen Informationsvorsprung. Wir bekommen durch den Notruf oft zu wenige, ungenaue oder sogar falsche Informationen. Deshalb ist es sehr hilfreich, wenn ein Exekutivbediensteter – wenn möglich der Kommandant vor Ort – die Feuerwehr vor dem Objekt erwartet und in die Lage einweist.

Wichtig sind die genaue Lage der Einsatzstelle, etwa in einer Wohnanlage Stiege und Türnummer, in einer Siedlung Angaben wie „Gartenhaus im zweiten Hof in Flammen“, und die Zufahrts- bzw. Zugangsmöglichkeiten. Bei weitläufigen Wohnhaus- oder Betriebsanlagen ist es sinnvoll, Lotsen für die Feuerwehr abzustellen.

Wenn wahrgenommen worden ist, dass Personen vermisst, verletzt, eingeschlossen oder anders gefährdet sind, sollten wir das sofort erfahren.

Sie haben vorhin die Gefahr durch Brandrauch angesprochen.

Figerl: Exekutivbeamte sollten nur bis zur Rauchgrenze vordringen und unter keinen Umständen verrauchte Bereiche betreten, denn Brandrauch ist hochgiftig!

Es spart Zeit, wenn ersteintreffende Polizisten beim Vorgehen in das Objekt schauen, ob man Schlüssel braucht, und diese für die Feuerwehr beschafft bzw. bereithält.

Türen, die Rauch- bzw. Brandabschnitte begrenzen, müssen geschlossen werden bzw. bleiben, damit die Rauchausbreitung verhindert wird. Die Tür zu einer brennenden Wohnung oder einem brennenden Zimmer darf die Polizei nur im Fall einer akut lebensbedrohenden Situation vorsichtig öffnen, und das nur bei leichter Rauchentwicklung und beim Fehlen offener Flammen. Durch die Sauerstoffzufuhr beim Öffnen der Tür besteht die Gefahr einer plötzlich auftretenden Rauchgasexplosion oder einer Durchzündung, eines „Flash-overs“.

Was bedeutet das?

Figlerl: Wenn in einem Raum heißer Brandrauch aufsteigt, werden alle Gegenstände im Raum durch den Hitzezustand an der Zimmerdecke extrem heiß, brennbare Gase entweichen. Beim Öffnen einer Türe kommt Frischluft dazu und der gesamte Raum kann schlagartig in Flammen stehen.

Auch bei einem scheinbar erloschenen Brand bitte die Feuerwehr alarmieren! Wir kontrollieren die Brandstelle auf versteckte Glutnester, Schäden an der tragenden Konstruktion und auf Gefahren durch Strom oder Gas. Angrenzende Räume werden auf Verrauchung bzw. auf das Vorhandensein von Kohlenmonoxid überprüft, ein giftiges Gas, das man weder sieht noch riecht.

Welche Themen sind bei den Seminaren noch besprochen worden?

Figlerl: Es ist auch darum gegangen, wann es notwendig ist, Hausbewohner zu evakuieren. Wir verfolgen das Aufenthaltsprinzip, das bedeutet: Nur die Brandwohnung wird evakuiert – alle anderen Bewohner sind in ihrer Wohnung am sichersten. Aus anderen Wohnungen sollten Personen nicht ohne Auftrag der Feuerwehr evakuiert werden. Notwendig ist eine Evakuierung nur in seltenen Fällen und nur dann, wenn die Bewohner in den nicht vom Brand betroffenen Wohnungen in Gefahr sind, etwa wenn sich Brandrauch

in diese Wohnungen ausbreitet, weil die Türen nicht dicht genug sind. Die Bewohner sind in ihren rauchfreien Wohnungen in der Regel am sichersten.

Warum?

Figlerl: Das Stiegenhaus ist oft ver Raucht, man hat schlechte Sicht. Die Leute atmen Brandrauch ein, stolpern über Schlauchmaterial oder verirren sich. Wir haben schon einmal jemanden, der im zweiten Stock gewohnt hat, bewusstlos im Keller gefunden. Vor dem Haus können die Evakuierten außerdem zufahrende Einsatzkräfte behindern.

Das Problem ist: Wenn wir zu einem Brand kommen und jemand schon an den Wohnungstüren geklingelt und gesagt hat: „Kommt da raus!“, dann kann man die Evakuierung nicht mehr stoppen. Wir lassen die Drehleiter oft sogar nur in Anleiterbereitschaft – das heißt, sie ist jederzeit einsatzbereit, aber sie wird noch nicht aufgerichtet – um den Bewohnern zu signalisieren, dass sie in ihren Wohnungen sicher sind. Wenn es gefährlich wird, evakuieren wir natürlich sofort.

Noch ein wichtiger Punkt bei den Seminaren war das Löschen von Räumen und Personen durch die Polizei.

In welchen Fällen kann bzw. sollte die Polizei löschen?

Figlerl: Einen Brand in einem Raum soll sie nur löschen, wenn er nicht stark verraucht ist, es sich um einen Kleinbrand handelt und es geeignete Löschmittel gibt, etwa einen Schaumlöschmittel gibt, etwa einen Schaumlöschmittel. Nicht den Feuerlöscher aus dem Funkwagen nehmen! Das ist ein Pulverlöscher – und was der Kleinbrand nicht zerstört hat, das zerstört die Pulverwolke, vor allem Elektrogeräte werden zerstört. Der Pulverlöscher kann gut dazu verwendet werden, Brände im Freien oder in Brand geratene Fahrzeuge zu löschen.

Dass man brennendes Fett nicht mit Wasser löschen kann, sondern ersticken muss, ist hinlänglich bekannt.

Wir haben den Tipp gegeben, dass es im Backrohr meistens ein Backblech gibt, mit dem man die Flammen gut ersticken kann. Das ist schneller, als nach einem passenden Deckel zu suchen. Für alle anderen Brände ist Wasser zum Löschen besser geeignet.

Wenn es nicht gelingt, den Brand zu löschen, soll man die Wohnung verlassen und die Tür angelehnt lassen oder hinter sich zuziehen, wenn Wohnungsschlüssel vorhanden sind. Mit den genauen Ortsangaben und den gegebenenfalls ausgehändigten Schlüsseln kann die Feuerwehr rasch einen Löschangriff durchführen.

Was ist beim Löschen von brennenden Personen zu beachten?

Figlerl: Optimal ist eine Löschdecke. Ist keine vorhanden, sollte man eher mit Wasser löschen als mit einem Schaumlöschmittel. Nur im äußersten Notfall sollte man einen Pulverlöscher einsetzen, weil das Pulver zu schwerwiegenden Schädigungen der verletzten Haut und des tieferen Gewebes führen kann.

Generell haben wir bei den Seminaren bemerkt, dass viele Fragen zu den unterschiedlichen Löschgeräten gekommen sind.

Sind bei den Seminaren noch andere Fragen aufgetaucht?

Figlerl: Eine häufige Frage war, wie lange man es ohne Atemschutzgerät im Brandrauch aushält. Es gibt ja das Gerücht, dass man drei Atemzüge machen kann, ohne dass etwas passiert – und mit drei Atemzügen kommt man ganz schön weit in ein brennendes Gebäude hinein. Leider ist das nur bedingt richtig. Wenn man das erste Mal giftigen Rauch eingeatmet hat, kommt es reflexartig sofort zu einem weiteren unkontrollierten Atemzug, dann zu noch einem, bis man das Bewusstsein verliert. Das ist eine automatische Reaktion des Körpers, man kann sich diese drei Atemzüge nicht nach Belieben einteilen.

Interview: Rosemarie Pexa

Schutz nach Maß

Polizistinnen und Polizisten im exekutiven Außendienst erhalten persönlich angepasste und zugewiesene ballistische Gilets mit Stichschutz. Sie sind im Außendienst grundsätzlich zu tragen.

Bezirksinspektor Daniel Leth von der Polizeiinspektion Urban-Loritz-Platz in Wien-Neubau hat im November 2018 seine ballistische Schutzweste ausfasst. Er ist einer von 1.500 Beamtinnen und Beamten, die 2018 ihre persönlich zugeteilten ballistischen Gilets mit Stichschutz bekommen haben. „Eigensicherung muss im Polizeiberuf an erster Stelle stehen. Nicht nur, weil man nach dem Dienst gesund zu seiner Familie oder seinen Freunden heimkehren will, sondern weil man als Polizistin oder Polizist anderen nur helfen kann, solange man selbst handlungsfähig bleibt“, sagt Leth. „Bei heiklen Einsätzen habe ich gemeinsam mit meiner Beifahrerin oder meinem Beifahrer früher schon die sogenannten ‚Sicherheitsstopps‘ zum Anlegen von Schutzwesten eingehalten. Bei vermeintlichen Routine-Amtshandlungen wie Lärmerregungen oder Streitschlichtungen war das aber nie der Fall. Doch es sind oft gerade diese Einsätze, die ein hohes Gefahrenpotenzial haben. Man weiß einfach nie, was einen erwartet und wie sich ein Einsatz entwickelt.“

Seit Leth das ballistische Gilet zugeteilt bekommen hat, trägt er es ständig im Außendienst. „Bei Amtshandlungen bemerke ich, dass die Schutzweste deeskalierend wirkt. Zu einem Teil liegt es bestimmt daran, dass das Gegenüber die Weste bemerkt, ein anderer Grund ist vermutlich, dass man in schwierigeren Situationen damit sicherer und selbstbewusster auftritt. Ich habe öfter festge-



Daniel Leth: „Die ballistischen Gilets geben Polizisten Sicherheit.“

stellt, dass ich während Amtshandlungen sehr froh darüber bin, die Schutzweste zu tragen“, erzählt Leth.

2019 weitere 4.000 Schutzwesten. Polizistinnen und Polizisten, die exekutiven Außendienst versehen, werden die ballistischen Gilets mit Stichschutz persönlich angepasst und zugewiesen bekommen. Nach den ersten 1.500 Gilets, die 2018 zugewiesen wurden, werden bis Februar 2019 weitere 4.000 Stück ausgeliefert. 500 Gilets werden in unterschiedlichen Größen für den Personen- und Objektschutz oder für sonstige Anlässe für Beamtinnen und Beamte zur Verfügung gestellt, die sich in der Regel nicht im exekutiven Außendienst befinden und denen daher keine eigens angepassten Gilets zugeteilt wurden.

Für uniformierte Bedienstete umfasst das komplette Ausstattungspaket

den Vorder- und Rückenteil des ballistischen Gilets, zwei Überziehhüllen für das Tragen des Gilets als Oberbekleidung, zwei Unterziehhüllen für das Tragen unterhalb des Hemdes bzw. der Bluse und eine Trage- bzw. Aufbewahrungstasche.

Beamtinnen und Beamte, die überwiegend in Zivilkleidung ihren Dienst versehen, erhalten statt einer Überziehhülle eine weitere Unterziehhülle.

Als Oberbekleidung ist das ballistische Gilet mit der Überziehhülle über dem Uniformhemd bzw. der Uniformbluse zu tragen. Darüber können Mehrzweck- oder Einsatzjacke oder das Blouson getragen werden.

Gemeinsam mit der Unterziehhülle ist das Gilet unter dem Uniformhemd bzw. der Uniformbluse oder dem Rollkragenpullover, unter dem Einsatzanzug, unter dem Blouson oder unter dem ein- oder zweiteiligen Einsatz-

overall zu tragen. Im Kriminaldienst wird das Gilet bei Bedarf unter der Zivilkleidung oder anstelle der Überwurfjacke getragen.

Eine ballistische Schutzausrüstung muss eine „Halteleistung“ bei Geschoßen aufweisen. Diese Halteleistung wird damit definiert, dass der sogenannte „Trauma-Wert“ nicht erreicht wird. Der Trauma-Wert ist eine Eindruckstiefe, die beim Beschuss einer auf einen Plastilinblock aufgespannten Schutzweste durch das gestoppte Geschoß entsteht. Dieser Wert darf nicht über 50 Joule liegen. Beim ballistischen Gilet mit Stichschutz der finnischen Firma „*Sioen Ballistics*“ wird der Trauma-Wert laut der Prüfnorm der „Vereinigung der Prüfstellen für angriffshemmende Materialien und Konstruktionen“ (VPAM) bei Kaliber 9 mm Luger (Vollmantel – Rundkopf Weichkerngeschoß 8g, QD-PEP II/s 6g, Action 4 6,8g) und 7,62 x 25 Tokarev (Vollmantel-Rundkopf Weichkerngeschoß 5,5 g) aus fünf Metern Schussentfernung nicht erreicht.

Um Verletzungen zu vermeiden, sollten unter dem Gilet keinesfalls Kleidungsstücke mit schweren Metallteilen wie Metallknöpfen oder Metallkugelschreiber getragen werden. Bei der Prüfung der Stichhemmung des Gilets wurde bei einer Messerklinge mit einer Auftreffenergie von 25 Joule und einem Auftreffwinkel von 90 und 25 Grad eine maximale Durchstichtiefe von 20 Millimetern nicht überschritten.

In der Landespolizeidirektion Wien besteht für den Personen- und Objektschutz und für den Funk- und Fußstreifenfendienst eine generelle Trageverpflichtung.

Für Bezirksinspektor Leth ist das Tragen der Schutzweste bereits eine Selbstverständlichkeit. „Ich habe die Schutzweste wirklich schätzen gelernt, denn ich weiß, es geht dabei um meine körperliche Sicherheit. Ohne das ballistische Gilet fühlt sich die Uniform für mich einfach nicht mehr vollständig an, so als hätte ich etwas vergessen.“

Maria Rennhofer-Elbe

Ein ungewöhnliches Publikum & Hotspots

Mit mehreren Hotspots, zahlreichen Veranstaltungen und einer hohen Einwohnerzahl zählen der zweite und der zwanzigste Bezirk zu den „arbeitsintensivsten“ Bezirken für die Wiener Polizei.

Praterstern, Stuwerviertel, Donaukanal, *Millennium City* – das Polizeikommissariat Brigittenau, das Hofrat Mag. Gerhard Gschwind am 1. Februar 2018 als Stadthauptmann übernommen hat, zählt zu den arbeitsintensivsten von Wien. „Der zweite und der zwanzigste Bezirk haben zusammen an die 200.000 Einwohner. Was die Kriminalitäts- und Arbeitsbelastung betrifft, messen wir uns mit Favoriten“, sagt der Stadthauptmann. Seine beiden Bezirke, mit denen er seit 1994 „verwurzelt“ ist, möchte er trotz – oder gerade wegen – der Herausforderungen durch bundesweit bekannte Hotspots und eine bunt gemischte Bevölkerung nicht gegen andere eintauschen.

1994 begann Gschwind seine polizeiliche Karriere, nachdem er sein Jus-Studium abgeschlossen hatte, als Kommissär im Bezirkspolizeikommissariat Leopoldsgasse im 2. Bezirk. „Ich bin kein 'gelernter' Polizist. In unserem Bereich kommen viele Kollegen aus dem Wachkörper, aber ich war damals einer der Letzten, die vor einem



Stadthauptmann Gerhard Gschwind ist in „seinen“ Bezirken verwurzelt.

langjährigen Aufnahmestopp direkt nach der Uni bei der Polizei angefangen haben“, erklärt Gschwind. Auf viereinhalb Jahre in der Leopoldstadt folgten eineinhalb Jahre in Favoriten, dann führte ihn der nächste Schritt seiner beruflichen Laufbahn in das Bezirkspolizeikommissariat Brigittenau, wo er als Sicherheitsreferent tätig war.

2002 wurde die Zuständigkeit des Kommissariats auf den 2. Bezirk ausge-

weitert, was angesichts mehrerer Hotspots in der Leopoldstadt eine Fülle an zusätzlicher Arbeit mit sich brachte. Für diese war Gschwind als Sicherheitshauptreferent und ab 2010 als Stadthauptmann-Stellvertreter verantwortlich, bis er schließlich 2018 die Leitung des Polizeikommissariats Brigittenau übernahm. Derzeit stehen ihm rund 50 Verwaltungsbedienstete und das Stadtpolizeikommando mit rund



Die Situation insbesondere am Praterstern und im Stuwerviertel im 2. Bezirk hat sich in den letzten Jahren erheblich verbessert. Bis Veränderungen in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, dauert es aber mitunter längere Zeit.

350 Exekutivbediensteten zur Verfügung.

Ein gutes Verhältnis zwischen Exekutive und Verwaltung war Gschwind immer ein besonderes Anliegen, wie er betont. Die hohe Akzeptanz unter den Exekutivbeamten hat sicher auch mit einer höchst ungewöhnlichen Amtshandlung zu tun, die dem Polizeijuristen eine Belobigung einbrachte: Gerhard Gschwind wurde zufällig Zeuge eines Raubüberfalls auf einen Supermarkt, bei dem der Täter die Kassierin mit einem Messer bedrohte. Gschwind konnte den Räuber überwältigen und festnehmen.

Gschwind sind die „Mühen der Ebene“ in der Verwaltung bekannt. Er erinnert sich an händisch geschriebene Protokolle und an Aktenstöße auf dem Schreibtisch, die ihn noch in den 1990er-Jahren nach jedem Urlaub erwarteten. Die Digitalisierung brachte Erleichterungen, bereitet aber vor allem weniger technikaffinen Semestern Kopfzerbrechen. Diese stellen auch im Polizeikommissariat Brigittenau einen

erheblichen Teil der Belegschaft, was angesichts in den nächsten Jahren bevorstehender Pensionierungen eine besondere Herausforderung mit sich bringen wird.

Um – vor allem in fortgeschrittenem Alter auftretenden – gesundheitlichen Problemen, etwa mit dem Bewegungsapparat, vorzubeugen, beteiligt sich das Kommissariat am Netzwerk für „betriebliche Gesundheitsförde-

der Verwaltung kommt es manchmal zu Übergriffen. Außerdem stärkt es das Selbstbewusstsein, wenn man sich verteidigen kann.“ Bei einer hohen Anzahl an Verwaltungsstrafverfahren und viel Parteienverkehr sei die Wahrscheinlichkeit für Vorfälle höher. Auch dafür, dass der 2. und der 20. Bezirk generell als „gefährlicher“ gelten, hat der Stadthauptmann eine Erklärung: „Wo es viele Veranstaltungen, große

Jetzt muss man vor allem darauf achten, dass sich das Problem nicht verlagert.

derung“, das vom Bundesministerium für Inneres gemeinsam mit der *Beamtenversicherungsanstalt* ins Leben gerufen wurde. Rückenschule und Kurse zur Stressbewältigung können die Mitarbeiter kostenlos in Anspruch nehmen. Wer es sportlicher mag, hat die Möglichkeit, bei einem Polizeijuristen und mehrmaligen Staatsmeister in Taekwondo Selbstverteidigung zu erlernen.

Das sei nicht nur für Exekutivbeamte sinnvoll, sagt Gschwind: „Auch in

Bahnhöfe und Verkehrsknotenpunkte gibt, ist man stärker belastet als dort, wo sich weniger abspielt.“

Hotspots. Als Hotspots gelten der Praterstern und bei Veranstaltungen das Praterstadion, das Stuwerviertel, die *Millennium City* sowie der Abschnitt des Donaukanals gegenüber vom Szenelokal „Flex“. Allerdings hat sich die Situation insbesondere am Praterstern und im Stuwerviertel in



Als Hotspots gelten der Praterstern und bei Veranstaltungen das Praterstadion, das Stuwerviertel, die Millennium City ...

den letzten Jahren erheblich verbessert. Bis Veränderungen in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, dauert es aber mitunter – und so schlimm, wie es manchmal dargestellt wurde, sei es laut Gschwind nicht einmal am Praterstern gewesen.

Zur Hebung des Sicherheitsgefühls soll auch im 2. und im 20. Bezirk die Initiative *GEMEINSAM.SICHER* beitragen. „Wir haben im Stadtpolizeikommando eine engagierte Sicherheitskoordinatorin und ein erfolgreiches Team von Grätzelpolizisten in den Polizeiinspektionen. Das Feedback aus der Bevölkerung ist sehr positiv“, berichtet Gschwind, der selbst an *GEMEINSAM.SICHER*-Veranstaltungen teilnimmt und sich vor Ort ein Bild von der Situation macht, wenn es an einem der Hotspots wieder vermehrt Probleme gibt.

Alkoholkonsumverbot. Die Praterumgebung, insbesondere das Stuwerviertel, zählte früher aufgrund der illegalen Prostitution zu den Schwerpunkten des Polizeikommissariats Brigittenu; jetzt konzentrieren sich die Bemühungen um subjektive Sicherheit auf die Einhaltung des Alkoholkonsumverbots am Praterstern, das am 27.

April 2018 in Kraft getreten ist. Das Bild des Pratersterns habe sich seither gewandelt, sagt Gschwind. Dieses vermittelte vor dem Verbot den Eindruck einer homogenen Gruppe von Obdachlosen. Tatsächlich waren an dem Hotspot verschiedene Ethnien versammelt, die sich dann grüppchenweise andere Treffpunkte suchten.

Nun muss man vor allem darauf achten, dass sich das Problem nicht verlagert und die Umgebung des Pratersterns nicht belastet wird. Einen neuen Hotspot auf der benachbarten Kaiserwiese sieht Gschwind nicht: „Die Kaiserwiese war in den Sommermonaten immer schon Treffpunkt für Marginalisierte, daran hat sich nichts geändert.“ Um Verlagerungstendenzen rechtzeitig zu erkennen, hält das Polizeikommissariat und Stadtpolizeikommando Brigittenu unter anderem laufend Kontakt mit dem Praterverband.

Der Praterstern ist nach wie vor im Visier der Polizei. Gschwind spricht von einem großen personellen Aufwand und der Unterstützung durch Bereitschaftseinheit, Diensthundeabteilung und LKA-Außenstelle Zentrum Ost, anlassbezogen auch durch die *WEGA*. Unter den Strafrechtsverletzungen am Praterstern bzw. in dessen

Umgebung führen nach wie vor Drogendelikte. Zu Verwaltungsstrafen kommt es meist wegen Ordnungsstörungen, Anstandsverletzungen oder aggressiven Verhaltens. Zum Teil mussten Alkoholisierte festgenommen werden, aber auch das ist seit Einführung des Alkoholkonsumverbots merklich besser geworden. Insgesamt sinkt die Kriminalität, der Prater entwickelt sich mehr und mehr wieder zum Familientreffpunkt – und in der Krieau ist ein „Vorzeigestadtteil“ entstanden.

Illegale Prostitution. Auch im Stuwerviertel zeigen Verbote und Polizeipräsenz Wirkung. Gschwind kann sich noch gut an die vielen Anrainerbeschwerden, Anzeigen und Schnellrichter-Einsätze wegen Geheimprostitution erinnern. Seit der Umwidmung von Perspektivstraße und Trabrennstraße zum Wohngebiet, womit auch die Prostitution verboten wurde, gibt es nur mehr vereinzelt Fälle illegaler Prostitution. Damit sich die Situation nicht wieder verschlimmert, werden nach wie vor Schwerpunktkontrollen mit Schnellrichtern durchgeführt.

Die *Millennium City* liegt einerseits wegen der für Einkaufszentren typischen Taschendiebstähle im Fokus der



... sowie der Abschnitt des Donaukanals entlang des Franz-Joseph-Kais gegenüber des bekannten Szenelokals „Flex“.

Polizei, vor allem aber als Treffpunkt für gewisse Gruppen von Jugendlichen. „Wir kooperieren mit der Geschäftsführung und der Security, damit sich in der *Millennium City* keine Jugendbanden etablieren können“, erklärt Gschwind, der den Ausdruck „Bande“ zurückhaltend verwendet – bei Jugendlichen etwa aus der afghanischen Community handle es sich eher um Zusammenrottungen junger Menschen, die fallweise gemeinsam kriminelle Handlungen verüben würden. Die Polizei unterstützt auch die von den Bezirksvorstehern des 2. und des 20. Bezirks organisierten Jugendparlamente, bei denen mit Schülern an konkreten Projekten, etwa an Verbesserungen in Parkanlagen, gearbeitet wird.

Revierkämpfe. Die Auseinandersetzungen zwischen Afghanen und Tschetschenen hat es auch im 2. und 20. Bezirk gegeben, allerdings nur vereinzelt. Warum geflüchtete Personen mitunter aggressiver reagieren und was das für die Polizei bedeutet, erläutert Gschwind: „Menschen aus Kriegsgebieten sind anders sozialisiert und haben oft eine niedrigere Aggressionsschwelle als jemand, der in einem friedlichen Umfeld aufgewachsen ist.“

Viele haben negative Erfahrungen mit Uniformierten gemacht und sind gegenüber Exekutivbediensteten gewaltbereiter. Vor allem, wenn sie durch Alkohol oder Drogen beeinträchtigt sind, kann es für die Kollegen auf der Straße gefährlich werden.“

Gemischtes Publikum. Alkohol oder Drogen sind oft auch im Spiel, wenn es an einem weniger bekannten Hotspot Probleme gibt: etwa am Donaukanal gegenüber vom „Flex“. Die Lokale entlang des Treppelwegs und die in den Sommermonaten dort stattfindenden Veranstaltungen ziehen ein gemischtes Publikum an. Bei der Polizei treffen immer wieder Beschwerden wegen Suchtgifthandels ein, aber etwa auch wegen illegaler Getränkeverkäufer, die mit dem Fahrrad unterwegs sind und der lokalen Gastronomie Konkurrenz machen.

Nicht nur auf der Donaukanal-Lände, auch in den Parkanlagen und auf den großen Grünflächen im 2. und 20. Bezirk sind Auseinandersetzungen zwischen Hundebesitzern und Passanten an der Tagesordnung. Stein des Anstoßes ist meist eine Missachtung der Beißkorb- oder Leinenpflicht. Die Polizei schreitet hier ebenso schlichtend

und klärend ein wie bei Konflikten zwischen Mietern der zahlreichen Gemeindebauten, wenn sich wieder einmal jemand wegen Lärmbelästigung beschwert hat.

Warum es in den letzten drei Jahren im 2. Bezirk lauter zugegangen ist als sonst, liegt an den Veranstaltungen, die aufgrund des Umbaus des Heldenplatzes verlegt wurden. Neben der „Wiener Wiese“, die seit 2010 auf der Kaiserwiese gastiert, finden seit 2016 auch das Erntedankfest und der Tag des Sports in der Leopoldstadt statt. Das Praterstadion hat als Gastgeber schon Tradition. „Während des Umbaus des Weststadions ist Rapid zwei Jahre lang ins Praterstadion übersiedelt, dann die Austria“, sagt Gschwind, der es schon gewöhnt ist, dass „seine“ Bezirke einspringen, wenn Ausweichquartiere gesucht werden.

Aber egal, welche Herausforderungen auf das Polizeikommissariat und das Stadtpolizeikommando 20 zukommen, Gschwind ist zuversichtlich, diese mit seinem engagierten Team bewältigen zu können: „Ich habe jetzt genau den Job, den ich mir gewünscht habe, und es erfüllt mich mit Freude und Stolz, diese Dienststelle leiten zu dürfen.“

Tagungen, Touristen, Demonstrationen

Seit Oktober 2018 ist Brigadier Roman Friedl als Stadtpolizeikommandant für das „Aushängeschild von Wien“ verantwortlich – den Bezirk Innere Stadt. Brigadier Friedl ist seit 1981 Polizist.

Die Innere Stadt ist von ihrer Bedeutung her zentral für Wien, sie ist ein Aushängeschild. Es gibt zahlreiche Tagungen und Staatsbesuche, viele Touristen, aber auch Demonstrationen. Wir sind das am meisten belastete Stadtpolizeikommando von Wien, was den ‚Großen Sicherheitspolizeilichen Ordnungsdienst‘ angeht“, charakterisiert Brigadier Roman Friedl, BA „seinen“ Bezirk, für den er seit 1. Oktober 2018 als Stadtpolizeikommandant verantwortlich ist. Nach 15 Jahren in Ottakring war es für ihn an der Zeit, sich eine neue Herausforderung zu suchen.

Dabei handelte es sich weder um den ersten Wechsel in einen anderen Bereich noch um den dramatischsten Einschnitt in Friedls Leben, seit er 1981 in den Polizeidienst eingetreten war. Seine Berufswahl begründet er folgendermaßen: „Damals habe ich das Sportgymnasium auf der Schmelz besucht und kurz vor der Matura eine Broschüre mit dem Titel ‚AHS – was nun?‘ in die Hand bekommen. Darin



Roman Friedl suchte nach 15 Jahren in Wien-Ottakring wieder eine neue Herausforderung – und fand sie im Stadtpolizeikommando Innere Stadt.

habe ich gelesen, dass man, wenn man zur Polizei geht, viel Sport betreiben kann.“ Seine Leidenschaft für sportliche Betätigung und die entsprechenden körperlichen Fähigkeiten waren auch ausschlaggebend dafür, dass sich Friedl später erfolgreich für die Aufnahme bei der *WEGA (Wiener Einsatzgruppen Alarmabteilung)* bewarb.

WEGA-Einsätze. Demonstrationen und Hausbesetzungen waren in der Folge ebenso Teil seines beruflichen Alltags wie Raub und Mord. Auch beim Terroranschlag auf den Flughafen Wien-Schwechat durch palästinensische Terroristen 1985 war Friedl im Einsatz. Besonders in Erinnerung geblieben von seinem Dienst bei der



Roman Friedl auf seinem Karriereweg als Schüler in der Chargenausbildung (vorletzte Reihe, Zweiter von links).

Als Polizeilehrer: „Im Einsatz hängt Euer Leben von Euren Kollegen ab, ihr müsst euch 100 % auf sie verlassen können.“

WEGA sind ihm allerdings andere Amtshandlungen.

Dazu zählt der Einsatz nach dem Amoklauf eines jungen Mannes, der 1990 fünf Gleichaltrige und seinen Vater tötete. „Der Bursch ist auf einer Party provoziert worden, Alkohol war auch im Spiel. Er ist nach Hause gelaufen, hat seine Faustfeuerwaffe geholt und die Jugendlichen erschossen“, schildert Friedl. Auch seine Mutter und zwei Polizisten verletzte der Täter schwer, ergriff die Flucht und tötete sich schließlich selbst. Dem Amokschützen, der für Actionhelden geschwärmt hatte, war beim Bundesheer die Aufnahme ins Jagdkommando verweigert worden.

Besonders betroffen macht nicht nur der Tod junger Menschen, sondern auch der von Kollegen; auch diese Erfahrung hatte Friedl bei der WEGA machen müssen. Etwa, als ein Passant einen toten Polizisten am Gelände des Containerhafens gefunden hatte und die Suche nach dem Täter erfolglos blieb. Oder im Fall eines flüchtigen Bankräubers, der bei einer Ausweiskontrolle seine Pistole zog und einen Polizisten erschoss. Dessen Kollege überlebte nur, weil die Waffe Ladehemmung hatte.

Empathie. „Schicksalsschläge gehören zum Leben, sie bewirken Empathie. Ich sehe die Dinge mit anderen Augen. Etwas, das für viele ein Problem ist, hat für mich nicht diese Bedeutung“, sagt Friedl. Das hat nicht nur mit dem im Zuge seiner beruflichen Tätigkeit Erlebten zu tun, sondern auch mit einem Schicksalsschlag: Seine erste Frau starb mit 26 Jahren an einer Herzmuskelentzündung. Um sich als alleinerziehender Vater seiner Tochter in ausreichendem Umfang widmen zu können, wechselte Friedl 1991 von der WEGA in den Tagdienst als Lehrer in der Polizeischule.

Die von diesen einschneidenden Erfahrungen geprägte Lebensphilosophie versuchte er auch seinen Schülern zu vermitteln: Genießt den Tag, geht mit-

reiten, was sie erwarten würde.

Dass es nach der mitunter aufregenden Tätigkeit bei der WEGA durchaus seinen Reiz haben kann, Verfassungsrecht, materielles Verwaltungsrecht und Psychologie zu unterrichten, erklärt Friedl: „Es war auch spannend, die jungen Kollegen zu formen, ihnen Wissen zu vermitteln. Beim Abschlusstreffen nach der zweijährigen Ausbildung haben sich viele Schüler bedankt. Sogar 20 Jahre später habe ich noch einen guten Draht zu ehemaligen Schülern.“

Ottakring. Nachdem Friedl im Jahr 2000 den Offizierskurs abgeschlossen hatte, führte ihn der nächste Schritt seiner Karriere zunächst nach Währing und in die Brigittenau, ab 2003 nach

Genießt den Tag, geht miteinander wertschätzend und vertrauensvoll um!

Vertrauen und Miteinander sind wichtig.

einander wertschätzend und vertrauensvoll um! „Vertrauen und Miteinander sind wichtig. Bei einem Einsatz hängt mein Leben von meinen Kollegen ab, ich muss mich zu 100 Prozent auf sie verlassen können“, betont Friedl, dem es ein Anliegen war, die angehenden Polizisten darauf vorzubereiten, was sie erwarten würde.

Ottakring, wo er aufgewachsen war. Dort übernahm er zuerst die Funktion des Leiters des Verkehrsreferats und zweiten Stellvertreters des Stadtpolizeikommandanten, dann war er Leiter des Einsatzreferats und erster Stellvertreter. Mit einer kurzen Unterbrechung im SPK Meidling blieb Friedl

eineinhalb Jahrzehnte in seinem früheren Heimatbezirk. Als besondere Herausforderung in Ottakring nennt er die unterschiedlichen ethnischen Problemstellungen.

Dieses Thema wählte Friedl 2016 auch für eine seiner beiden Bachelor-Arbeiten in der Fachhochschul-Ausbildung „Polizeiliche Führung“: „Ottakringer Straße – ein Symbol für eine gelungene multikulturelle Integrität oder doch ein niederschwelliger Aggressionsherd?“ Er kommt zu dem Schluss, dass die Ottakringer Straße als Ort gelungener Integration anzusehen ist, weil Konflikte nur zeitweise aufflammen, insbesondere bei Fußballveranstaltungen.

In seiner zweiten Bachelor-Arbeit befasste sich Friedl mit den Kompetenzen von Vortragenden in der E1-Ausbildung – ebenfalls ein Thema, bei dem er auf eigene Erfahrungen als Lehrender zurückgreifen konnte. So war er unter anderem als Trainer für das neue Fremdenpolizeigesetz, Stressmanagement, Pädagogik, Psychologie und Dienstzeitmanagement sowie als Vortragender in der E2a-Ausbildung für Waffengebrauchsrecht und zuletzt als Projektgruppenleiter für das Recruitingcenter tätig.

Eine anderes Gegenüber. Nach den Kompetenzen gefragt, die man als Stadtpolizeikommandant des auch von seiner Bedeutung her zentralen ersten Bezirks benötigt, antwortet Friedl: „In Bezug auf die Führung gleicht die Innere Stadt den übrigen Bezirken, nur ist das Gegenüber ein anderes. Natürlich gibt es von der Klientel und von den Beschwerdeführern her Unterschiede zu Ottakring.“ Da kann es schon vorkommen, dass jemand nicht nur mit seinem akademischen Titel, sondern auch mit seiner angeblichen Bekanntschaft mit „einem wichtigen Entscheidungsträger innerhalb des Innenministeriums“ Eindruck schinden möchte.

Weniger nobel ist eine gewisse Klientel, die vor allem in der Fußgänger-



Team Ottakring: Manfred Bosch (†), Werner Hetzl, Roman Friedl.

zone ihren „Geschäften“ nachgeht. Wie überall in Einkaufsstraßen und Touristengebieten halten sich auch im ersten Bezirk Taschendiebe und Bettler auf. Allerdings ist eine positive Entwicklung zu verzeichnen: In den letzten fünf Jahren hat sich die Anzahl der Delikte nahezu halbiert, was Friedl auf Polizeipräsenz sowie auf die Unterstützung durch die *Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Straßenkriminalität* und die *Bereitschaftseinheit* zurückführt. Auch die internationale Vernetzung mit den Herkunftsländern der Täter, vor allem mit Bulgarien und Rumänien, hat zum Erfolg beigetragen.

Zu den Hotspots im ersten Bezirk zählen das Ruprechtsviertel beim Schwedenplatz und das Szenelokal „Flex“ am Donaukanal, wo neben dem Alkohol- der Drogenkonsum für Probleme sorgt. Die Polizei testete hier Körperkameras bei Fußstreifen im Probetrieb. „Die Bodycams zeichnen die gesamte Amtshandlung auf. Man sieht zum Beispiel, wenn ein Kollege körperlich angegriffen wird und in Notwehr gesetzmäßig Körperkraft anwendet. In den sozialen Medien ist oft nur die Sequenz zu sehen, in der sich der Kollege verteidigt, das vermittelt ein verzerrtes Bild“, so Friedl.

Demonstrationen. Derzeit leisten die Bodycams als Ergänzung zu den Polizeikamerateams, deren Aufnahmen einen Überblick bieten, gute Dienste, da sie Amtshandlungen mit einzelnen Demonstranten aufzeichnen. „Versammlungsfreiheit ist wichtig. Wir respektieren die Demonstrationen und

wollen sie nicht untersagen, aber Alternativrouten dafür finden, die den ersten Bezirk nicht so stark belasten“, erklärt Friedl. Geeignet wären die Ringstraße, auf der nicht alle Fahrspuren gesperrt werden müssten, und der Heldenplatz.

Führen Demo-Routen durch Einkaufsstraßen – etwa durch die Kärntner Straße, über den Stephansplatz und durch den Graben – kann es aufgrund der starken Fußgängerfrequenz zu Schwierigkeiten kommen. Darüber hinaus beklagt sich der Handel über finanzielle Einbußen. Friedl ist optimistisch, auch für dieses Problem eine Lösung zu finden; über die sichtbare Polizeipräsenz und die rückläufige Zahl an Bettlern und Taschendieben haben sich die Geschäftsleute bereits sehr positiv geäußert.

Vernetzung in der Gesellschaft. Strategien lassen sich am besten durch die Zusammenarbeit aller relevanter Akteure entwickeln. Deshalb steht der Punkt, sein Netzwerk zu Politik und Wirtschaft in der Inneren Stadt auszubauen, auf Friedls Agenda ganz oben. Erste Kontakte zum Bezirksvorsteher und zu Geschäftstreibenden haben bereits stattgefunden. „Politik und Polizei sind darauf bedacht, das Thema Sicherheit hochzuhalten. Dafür ist es auch wichtig, den Exekutivbediensteten Lob und positives Feedback zu geben“, betont Friedl.

Dazu zählen Ehrungen der Kollegen des SPK 1 für besondere Leistungen, wie sie zuletzt im November 2018 stattgefunden haben, ebenso wie gemeinsame Aktivitäten. Friedl nennt als Beispiele die Möglichkeit, im Zuge der dienstlichen Tätigkeit Sport zu betreiben, ebenso wie Veranstaltungen; so ist etwa ein Gokart-Rennen für Mitarbeiter geplant. „Ich möchte meine Führungsideologie mit Wertschätzung, Anerkennung, Motivation und Vertrauen an meine Mitarbeiter weitergeben, damit wir im SPK 1 zu einem Vorzeigekommando werden“, erklärt Friedl.

Rosemarie Pexa

Kleiner Aufwand – große Wirkung

Die Bedeutung „kriminalpolizeilicher Wahrnehmungsmeldungen“ wird im Polizeialltag häufig unterschätzt. Dabei sind sie oft das fehlende Puzzleteil, das schließlich zum Ermittlungserfolg führen kann.

Im Jänner 2018 meldete eine Frau in einer Polizeiinspektion in Wien Simmering einen seltsamen Vorfall an ihrer Wohnungstür. Ein ihr unbekannter Mann, den sie scheinhaft durch das Milchglas ihrer Eingangstüre erkennen konnte, läutete Sturm. Da sie niemanden erwartete und sie durch das heftige und lange Läuten eingeschüchtert war, öffnete sie ihm nicht.

Als das Läuten nicht nachließ, klopfte sie von innen an ihre Wohnungstür, woraufhin der Mann zu klingeln aufhörte und davonging. Die Frau schaute aus dem Fenster auf die Straße und sah vor dem Haus einen *Porsche Cayenne* mit serbischem Kennzeichen. Das Kennzeichen konnte sich die Frau notieren und den Polizisten in der Polizeiinspektion mitteilen.

Kein strafbares Verhalten. Der Vorfall stellte keine strafbare Handlung dar, das Verhalten des unbekanntes Mannes war nicht verboten, aber doch sehr ungewöhnlich. Die Kollegen der Polizeiinspektion verfassten eine „Kriminalpolizeiliche Wahrnehmungsmeldung“.

Kurze Zeit später wurden in Wien Penzing zwei Täter bei einem Einbruchdiebstahl auf frischer Tat betreten und festgenommen. Den beiden Männern und zwei weiteren Mittätern konnten vom Landeskriminalamt 29

weitere Einbrüche nachgewiesen werden.

Ein herausragender Ermittlungserfolg, der zu einem großen Teil auch den Kollegen in Simmering zu verdanken ist. Ihre „kriminalpolizeiliche Wahrnehmungsmeldung“ war ein wichtiges Glied in der Ermittlungskette. Die Meldung über den Vorfall an der Wohnungstür und das notierte Kennzeichen erging von der Polizeiinspektion via PAD an das Kriminalreferat in Simmering. Dort wurde die Meldung auf kriminalpolizeiliche Relevanz hin

Die „kriminalpolizeiliche Wahrnehmungsmeldung“ der Kollegen in Simmering war ein wichtiges Glied in der Ermittlungskette

geprüft und per E-Mail an die Steuerungsgruppe des Landeskriminalamtes (LKA) gesendet. Von der Steuerungsgruppe wird die kriminalpolizeiliche Wahrnehmungsmeldung an das Bundeskriminalamt, je nach Inhalt an den zuständigen Ermittlungsbereich des Landeskriminalamtes oder anlassbedingt an das Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) oder andere Dienststellen weitergeleitet.

Hinweis kommt zu Hinweis. Im Landeskriminalamt wurde die Meldung aus Simmering mit einem weiteren Hinweis verknüpft, wonach ein unbekannter Mann Wohnungseinbrüche

plane. Von ihm war lediglich der Spitzname bekannt, die Staatsbürgerschaft und die Tatsache, dass er einen *Porsche Cayenne* fuhr. Dank des Kennzeichens, das die Zeugin bis auf einen Buchstaben – ein „D“ anstatt eines „O“ – richtig notiert hatte, konnten Beamte der Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Straßenkriminalität (EGS) in Favoriten das Fahrzeug auffinden und eine Observation starten. In Penzing wurden der Lenker und sein Beifahrer schließlich bei einem Einbruch erwischt und festgenommen.

Kriminalpolizeiliche Berichterstattungsvorschrift. „Kriminalpolizeiliche Wahrnehmungsmeldungen“ sind gemäß der Sicherheits- und kriminalpolizeilichen Berichterstattungsvorschrift (BV 2005) zu erstellen. Darin heißt es: „Die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes haben entsprechende Wahrnehmungen zu melden, soweit dies für Zwecke der Vorbereitung wahrscheinlicher gefährlicher Angriffe im Sinne des § 53 Abs. 1 Z 4 SPG erforderlich ist.“ Die rechtliche Grundlage zur Ermittlung und Verarbeitung der Daten stellt der § 53 Sicherheitspolizeigesetz dar.

Maria Rennhofer-Elbe

Stehlen, fälschen, Daten ausspähen

Internet und Internationalisierung spielen auch bei Kredit- und Bankomatkartenbetrug eine zunehmend bedeutende Rolle. Physisch aufwendige Arbeiten sind oft gar nicht mehr notwendig.

Wer bei Zahlungskartenbetrug an gestohlene Kreditkarten und manipulierte Bankomaten denkt, liegt nicht falsch – allerdings brauchen die Täter die Plastikkarte in den meisten Fällen gar nicht mehr. „Bei über 90 Prozent aller Zahlungskartendelikte werden die Daten im Internet ausgespäht“, sagt Chefinspektor Christian Uzsak vom Ermittlungsbereich 5 (EB 05-1, Betrug) im Landeskriminalamt (LKA) Wien. Auch bei Zahlungskarten kommt der Nutzung des Internets und der Globalisierung eine zunehmende Bedeutung zu. Das stellt an die Ermittler immer höhere Herausforderungen.

Für 2014 bis 2016 wurden österreichweit 4.516 Straftaten an Zahlungskartenkriminalität angezeigt, davon wurden 1.217 geklärt. Wien ist mit mehr als 40 Prozent am stärksten betroffen. Zum Betrug müssen die Tatbestandsmerkmale Täuschung, Bereicherungsvorsatz und Schädigung vorliegen. „Mit dem 2016 in Kraft getretenen § 148 a StGB (betrügerischer Daten-



Manfred Briegl: „Kreditkartenfälschung zahlt sich nicht mehr aus.“

verarbeitungsmisbrauch) werden auch Delikte erfasst, bei denen kein Mensch, sondern eine Maschine ‚getäuscht‘ wird“, erläutert Oberstleutnant Manfred Briegl, Leiter der Ermittlungsbereiche 5, 6 und 7 im LKA.

Drei Arten von Zahlungskartenbetrug werden unterschieden: die Entfremdung von Zahlungsmitteln (Diebstahl), die Fälschung von Karten und die missbräuchliche Verwendung der

Zahlungskartendaten allein, mit dem Internet als Trägermedium.

Diebstahl. Die Zahl der Entfremdungen von Zahlungsmitteln ist in den vergangenen zehn Jahren stark angestiegen. Während 2007 in ganz Österreich 8.750 Fälle angezeigt wurden, waren es 2015 23.400 und 2016 um weitere 500 mehr. Den Großteil der Straftaten machen Taschendiebstähle aus, die – seit sie zum Massendelikt geworden sind – mit dem „Sofort erledigungsformular“ bearbeitet werden. Auch „Postverluste“, bei denen die Täter Zahlungskarten auf dem Postweg entwenden, fallen unter die Entfremdung von Zahlungsmitteln.

Fälschungen. Kreditkartenfälschungen waren in den 1990er-Jahren ein Problem; die Zahl dieser Delikte hat seither abgenommen. „Der hohe physische Aufwand und die Gefahr, erwischt zu werden, zahlen sich nicht mehr aus. Das geht heute einfacher im Internet“, erklärt Briegl.

Als „Nische“ bezeichnet er die Fäl-



Kleine Skimming-Devices werden in den Karteneinschubschacht eingeführt. Die Kundenkarte gelangt in den Kartenleser des Automaten, wodurch der Ablauf der Auszahlung nicht beeinträchtigt wird und dem Kunden nichts auffällt.

schung von Karten, deren Daten mittels „Skimmings“ ausgespäht worden sind. Beim Skimming („Abschöpfen“) werden an Geldautomaten Vorrichtungen zum Auslesen der Kartendaten angebracht. 2010 gab es die ersten Fälle in Österreich. Fünf Jahre später schob die Ausstattung der Bankomaten mit Überwachungskameras dieser Betrugsmasche einen Riegel vor. Seit sich die Zuständigkeit für Outdoor-Bankomaten von einem Unternehmen auf drei Firmen ausgeweitet hat und diese von der Videoüberwachung abgegangen sind, haben die Skimming-Betrüger wieder leichteres Spiel.

Früher installierten die Täter vor dem Karteneinschubschacht des Geldautomaten ein Kartenlesegerät oder eine vollständige Frontplatte in Farbe und Design des Automatenmodells. Ein Fake-PIN-Pad, das über das Tastaturfeld gestülpt oder geklebt wurde, zeichnete die eingegebene PIN auf. Heute kommen kleine Skimming-Devices zum Einsatz, die in den Karteneinschubschacht eingeführt werden. Die Karte des Kunden gelangt durch

die vom Betrüger angebrachte Auslesevorrichtung für Magnetstreifen in den Kartenleser des Automaten, wodurch der Ablauf der Auszahlung nicht beeinträchtigt wird und der Kunde die Manipulation nicht bemerkt.

Um an die PIN zu gelangen, wird die Eingabe der Nummer mit einer versteckten winzigen Kamera gefilmt.

Typisch für Skimming-Fälle sind sehr zeitnahe Abbuchungen.

Diese befindet sich in der Regel in einer oberhalb des Tastaturfelds meist mit Doppelklebeband befestigten Blende, die an Form und Farbe des Automaten angepasst und kaum erkennbar ist. Auch die Montage der Skimming-Vorrichtungen erfolgt unbemerkt, erklärt Uzsak: „Ein geübter Täter braucht zum Auf- oder Abbauen der Devices zehn Sekunden. Das bekommt ein Kunde nicht mit, der hinter ihm steht.“

Ertappt. Vor etwa fünf Jahren suchte eine Tätergruppe, die mit gefälsch-

ten Kreditkarten hochpreisige Waren kaufte, Österreich heim. Die Mitglieder der Bande stammten zum Großteil aus Bulgarien – so auch der Täter, der nach einem Hinweis von *Pay-Life* auf manipulierte Bankomaten in Wien auf frischer Tat ertappt wurde. „Er ist im Taxi zu einem Bankomaten gefahren, um die Apparatur wieder abzunehmen.

Dabei ist der Zugriff erfolgt“, schildert Briegl. In dem Hotelzimmer, wo sich der Täter für ein Wochenende eingemietet hatte, wurde Skimming-Equipment gefunden. Die Fälscherwerkstatt der Bande, die sich in Polen befand, konnte ausgehoben werden.

Typisch für Skimming-Fälle wie diesen sind die sehr zeitnahen Abbuchungen. Im Gegensatz dazu wurden in der jüngsten Tateserie in Österreich monatlang Kartendaten illegal ausgelesen, bis die Täter schließlich zwischen Weihnachten 2017 und Neujahr mit den gefälschten Kreditkarten einkauf-

ten. Insgesamt waren etwa 700 Karten betroffen.

Ein weiterer Unterschied zu früher besteht darin, dass die Einkäufe Ende 2017 außerhalb Europas, unter anderem in den USA, in Lateinamerika und China, getätigt wurden. Im SEPA-Raum ist das Bezahlen mit Kreditkarten mittlerweile nur mehr möglich, wenn diese mit einem fälschungssicheren Chip ausgestattet sind. Daher weichen die

Täter in Länder aus, in denen die Abrechnung über den Magnetstreifen erfolgt.

„Wir haben bei Outdoor-Bankomaten keine Videoüberwachung mehr und können nicht feststellen, wann genau die Daten abgegriffen worden sind“, sagt Uzsak. Um Skimming aufzudecken, kontrolliert er die am häufigsten betroffenen Bankomaten auf Manipulationsspuren. Manchmal geben Bankomatkunden ihrer Bank Bescheid, wenn ihnen etwas Verdächtiges auffällt, etwa ein nicht ordentlich eingeführtes Lesegerät oder eine nicht zum Automaten gehörende Blende mit eingebauter Kamera.

Phishing. Aufmerksam müssen Bankkunden auch sein, wenn Zahlungskartenbetrüger das Internet als Trägermedium nutzen, da diese zu den Kartendaten meist durch Phishing-Mails kommen. Der „Klassiker“ ist eine angeblich von der Hausbank des Kunden stammende E-Mail, in der dieser aufgefordert wird, seine Kartendaten einzugeben, etwa um „auf sein aus Sicherheitsgründen gesperrtes Konto“ wieder zugreifen zu können. „Solche Mails schickt die Bank niemals“, betont Uzsak. Manche Betrüger fordern sogar dazu auf, zum Nachweis der Identität einen Ausweis einzuscannen und hochzuladen oder ein Selfie mit



Fake-PIN-Pad: Mit einer falschen, über die echte Tastatur des Bankomaten gestülpten Tastatur wird der PIN registriert und gespeichert.

dem geöffneten Reisepass in der Hand zu schicken.

Eigenverantwortung und Hausverstand würden oft zu wünschen übrig lassen, sagt Uzsak: „Warnungen werden nur wahrgenommen, wenn man sie 25-mal wiederholt – da ist eine intensive Berichterstattung notwendig.“ Von August bis Oktober 2017 wurden zum Beispiel Phishing-Mails verschickt, deren Absender sich als österreichische Bank ausgab. 34 Kartenmissbrauchsoffer reklamierten bei der Bank; diese erstattete Anfang 2018 Anzeige.

Uzsak und seine Kollegen verfolgten drei Ermittlungsansätze, wobei der erste auf den Aussagen der Opfer beruhte. Allerdings gaben nur acht der Geschädigten zu, möglicherweise eine scheinbar von der Bank stammende E-Mail bekommen und daraufhin Daten weitergegeben zu haben. Zwei davon hatten die Mail noch nicht gelöscht und leiteten sie an die Beamten weiter. „Wir gehen davon aus, dass alle 34 die Mail erhalten und beantwortet haben. Sie streiten es aber ab, weil sie befürchten, auf dem Schaden sitzen zu bleiben, und schämen sich, dass sie auf den Trick der Betrüger hereingefallen sind“, erklärt Uzsak.

Täuschungsmanöver. Die Herkunft der E-Mails ist nicht nachvollziehbar – wie in den meisten Phishing-Fällen.

Die Täter führen Täuschungsmanöver zur Verschleierung der eigenen Identität durch – „Spoofing“ genannt – und nutzen ungesicherte „Botnets“ zum Versenden der Mails. Also muss bei der Firma angesetzt werden, bei der die Betrüger eingekauft haben. Im vorliegenden Fall handelte es sich um eine lettische Onlineplattform, bei der die Täter Bitcoins erwerben. Sie bedienen sich der Identität einer Ita-

lienerin, die selbst Opfer einer Phishing-Mail geworden war und erst von den österreichischen Ermittlern von den Transaktionen erfuhr.

Bei Ermittlungsansatz Nummer drei wurde versucht, den Weg der Bitcoins zu verfolgen – eine „unendliche Geschichte“, wie Uzsak betont: „Es sind nur zwei Kryptoschlüssel erworben worden. Den Verlauf kann man nachvollziehen: über 600 Splittings und zum Teil Auszahlungen auf anonyme britische Prepaid-Karten.“ Informationen über die Hintermänner erhält man in solchen Fällen meist nur dann, wenn sie unvorsichtig sind und etwa eine ihrer Person zuordenbare E-Mail-Adresse verwenden.

„Die Ermittlungen sind schwieriger geworden“, sagt Uzsak. „Früher haben die Betrüger eine Fälscherwerkstatt und entsprechendes Know-how gebraucht. Jetzt kann man White-Plastics – Kartenrohlinge, die man auch für Türöffner verwendet – ganz legal kaufen. Bei großen Hacker-Angriffen werden Millionen von Kreditkartendaten erbeutet und anschließend im Darknet angeboten.“ Rechnung getragen wird diesen Trends beim Zahlungskartenbetrug durch verstärkte Zusammenarbeit, etwa durch Einbeziehung des Cyber-Crime-Competence-Centers (C4) bei länderübergreifenden Fällen.

Rosemarie Pexa

Neue Führung für Favoriten

Die größte Sicherheitsbehörde Österreichs setzt auf Zusammenarbeit. Für den neuen Stadthauptmann von Favoriten, Walter Czapek, ist das tägliche Miteinander das Um und Auf der polizeilichen Arbeit.

Wenn Hofrat Mag. Dr. Walter Czapek, seit dem Vorjahr Leiter des Polizeikommissariats Favoriten, von „seinem“ Bezirk spricht, dann beschreibt er ihn mit Superlativen: „Der zehnte Bezirk ist eine der größten Sicherheitsbehörden Österreichs, der bevölkerungsreichste Bezirk von Wien, auch einer der stärksten Bezirke in Bezug auf die Kriminalitätsbelastung – und einer der spannendsten.“ Über 200.000 Einwohner – das ist mehr als ein Zehntel von ganz Wien – und ein ausgesprochen hoher Prozentanteil an Personen mit nicht österreichischer Staatsangehörigkeit stellen für die Exekutive eine besondere Herausforderung dar.

Es ist eine Herausforderung, die Czapek, davor Stadthauptmann im 23. Bezirk, gern angenommen hat: „Ich bin oft gefragt worden: ‘Warum tust du dir das in deinem Alter noch an? Du hast in Liesing doch so ein ruhiges Polizeikommissariat gehabt?’“

Die Antwort ist in seiner Beziehung zu diesem für ihn so „besonderen“ Bezirk zu finden: Er ist hier geboren und aufgewachsen, sein Vater hat als Bäcker in der *Ankerbrot*-Fabrik gearbeitet, seine Eltern und sein Bruder leben immer noch in Favoriten. Allein schon dadurch ist seine Verbindung zum 10. Bezirk nie abgerissen, obwohl



Walter Czapek spricht nur in Superlativen von „seinem“ Favoriten.

er seinen Wohnsitz in den 23. verlegt hat.

Tolles Team. Das zeigte sich auch an dem herzlichen Empfang, den ihm seine Kollegen in Favoriten boten; manche von ihnen kennt er seit Jahrzehnten. „Ich habe hier ein tolles Team, sowohl in der Exekutive als auch in der Verwaltung“, sagt Walter Czapek, der auf ein gutes Verhältnis zwischen der



Walter Czapek setzt auf Teamarbeit zwischen Exekutive und Verwaltung.

Exekutive und Verwaltungsbeamten größten Wert legt. Beide Gruppen treffen jeden Tag um neun Uhr zum Frührapport zusammen, sitzen gemeinsam bei Besprechungen – und, wenn möglich, auch bei einem gemeinsamen Mittagessen.

„Wir sind täglich mit vielen negativen Dingen konfrontiert. Da ist es wichtig, sich auszutauschen, nicht nur zum Arbeiten, sondern auch zum miteinander Reden. Wo es so viele Herausforderungen gibt, muss die Zusammenarbeit funktionieren, sonst würde es zu große Reibungsverluste geben“, erklärt Czapek.

Erfahrene Bedienstete besonders wertvoll. Als besonders wertvolle Ressource sieht der Stadthauptmann Beamte, die auf jahrzehntelange berufliche Erfahrung in ihrem Bezirk zurück-



Verfolgung der kriminalpolizeilichen Entwicklung ist tägliches Brot.

greifen können. So wie der Stadtpolizeikommandant Oberst Johann Wlaschitz, der Favoriten „wie seine Westentasche“ kennt und genau weiß, wie die Straßenzüge verlaufen.

Czapek selbst hat begonnen, seinen Herkunftsbezirk wieder neu zu entdecken, etwa das Sonnwendviertel, das allein eine Fläche in der Größe der gesamten Josefstadt aufweist, oder die verlängerte *Per-Albin-Hansson-Siedlung* beim Kurbad Oberlaa, wo neue Wohnungen entstehen. Auch der Reumannplatz hat sich seit seiner Neugestaltung zum Positiven verändert. Eine Zukunft als Flaniermeile, als „Naschmarkt von Favoriten“, hält der Stadthauptmann durchaus für möglich.

Gefährliche Gegend? Als Czapek nach seiner Einschulung als Polizeijurist im 7. Bezirk Mitte der 1980er-Jahre zum ersten Mal in Favoriten seinen Dienst versah, hatte die älteste U-Bahn Wiens noch ihre Endstelle am Reumannplatz, der sich in der Folge zum Hotspot mit nächtlichen Raubüberfällen entwickelte. Auch während seiner Zeit im Sicherheitsbüro von 1985 bis 1994 galt Favoriten als „gefährliche Gegend“ – ein Ruf, den der Bezirk bis heute nicht losgeworden ist.

Dazu beigetragen haben Ende der 1980er-Jahre die drei „Favoritner Mädchenmorde“. An den Ermittlungen zum ersten Mord war Czapek beteiligt. Die 20-jährige Alexandra Schriefl war missbraucht und stranguliert worden.

Czapek konnte verhindern, dass die Mutter der Ermordeten, die an den Tatort gekommen war, ihre Tochter so sah. „Dieses Bild war erschreckend für mich. Ich habe es nicht vergessen können“, erzählt er. Erst im Jahr 2000 wurde der Täter mithilfe der DNA-Analyse identifiziert und daraufhin verurteilt.

Ebenfalls in Czapeks Zeit im Sicherheitsbüro fiel der Diebstahl der Gebeine von Mary Vetsera, der Geliebten des Kronprinzen Rudolf, aus ihrem Grab am Stiftsfriedhof von Heiligenkreuz bei Wien. Der Täter, der

Linzer Möbelhändler Helmut Flatzelsteiner, hatte sich einem Journalisten anvertraut; dieser erstattete daraufhin Anzeige. In den Medien wurde zwar über das gerichtsmedizinische Gutachten berichtet, mit dem Flatzelsteiner angeblich die Echtheit der Gebeine hatte beweisen wollen, nicht aber über den tragischen Aspekt des

Wir sind vorne am Podium gesessen und beschimpft worden

Falls: Laut Czapek hatte der Täter – vergeblich – versucht, durch die „Reliquie“ eine Heilung seiner todkranken Frau zu bewirken.

Leopoldstadt bis Liesing. Nach seiner Zeit im Sicherheitsbüro führte Czapek seine berufliche Laufbahn für zwei Jahre ins Polizeikommissariat Leopoldstadt. 1997 bis 2000 war er am Aufbau der Europol-Stelle in Wien beteiligt. Es folgten neun Jahre im Polizeikommissariat Brigittenau sowie



Walter Czapek begann in den 1980er-Jahren als Polizeijurist.



Johann Wlaschitz und Walter Czapek setzen auf enge Zusammenarbeit.

zwei weitere in Döbling, jeweils als stellvertretender Stadthauptmann. Von 2011 bis 2018 war er Stadthauptmann in Liesing.

Aus Liesing sind Czapek zwei Themenbereiche, mit denen er befasst war, besonders in Erinnerung geblieben. Eine Vorreiterrolle innerhalb der Wiener Polizei spielte Liesing als mit einem

Zertifikat vom Innenministerium ausgezeichnetes „demenzfreundliches Kommissariat“. Sowohl Angehörige als auch die Mitarbeiter eines Seniorenwohnheims mit Demenzstation bekamen Informationen und Unterstützung – etwa, wenn verwirrte Personen nicht mehr nach Hause fanden. Der „Demenzheilige“ diente als Plattform zum Austausch zwischen allen Beteiligten.

Weniger kooperativ ging es bei den Informationsveranstaltungen über das 2017 in Liesing eröffnete größte Flüchtlingsheim Wiens zu. „Wir sind vorne am Podium gesessen und beschimpft worden“, beschreibt Czapek den Unmut der Bürger, die Angst hatten, mit dem Zuzug von angeblich 3.000 Flüchtlingen würde es zu Einbrüchen und Massenvergewaltigungen kommen. Die Befürchtungen bewahrheiteten sich nicht; bei den rund 1.000 Geflüchteten handelte es sich zum Großteil um Familien. Trotzdem wurde

sicherheitshalber ein Funkwagen vor der Flüchtlingsunterkunft postiert – auch, um Aggressionen der Bevölkerung gegen die Bewohner zu vermeiden.

Kriminalitätsbelastung. Im Vergleich zu Liesing hat das multiethnische Favoriten eine wesentlich höhere Kriminalitätsbelastung. Bei Morden war im Vorjahr ein „trauriger Rekord“ zu verzeichnen: 70 Prozent aller Morde in Wien waren im 10. Bezirk verübt worden. Generell ist der Trend allerdings positiv; es zeigte sich, bezogen auf alle Deliktgruppen, von 2017 auf 2018 ein Minus von zehn Prozent. Auch Gewalt in der Familie ist im Sinken begriffen, ebenso die Anzahl der Betretungsverbote.

Genauso erfreulich ist die Entwicklung bei Einbrüchen und Raubüberfällen. „Einen markanten Rückgang gibt es bei Einbrüchen in Wohnungen und Wohnhäuser, auch bei Dämmerungseinbrüchen. In den letzten Jahren sind Mitglieder großer Banden, meist aus dem ehemaligen Ostblock, festgenommen und verurteilt worden“, erklärt Czapek. Die Erfolge führt er vor allem auf die massive Polizeipräsenz zurück. Diese trägt auch zu einem erhöhten Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung bei.

Bezirk sicherer und lebenswerter machen. Die Präsenz Uniformierter an den Hotspots, allen voran am Hauptbahnhof und beim *Austria*-Stadion, hat für Beruhigung gesorgt. Derzeit liegt der Schwerpunkt zentral im Bereich Gudrunstraße, Quellenstraße und Neilreichgasse bis zur Favoritenstraße. „Wir wollen den Bezirk für die Bewohner noch sicherer und dadurch lebenswerter machen“, fasst Czapek sein Ziel für die nächsten Jahre zusammen. Das soll vor allen durch Zusammenarbeit und Vernetzung, etwa mit der Bezirksvorstehung, mit Magistratsabteilungen und Schulen im Rahmen von *GE-MEINSAM.SICHER*, gelingen.

Rosemarie Pexa

Vernetzung im Bezirk

Schon vor „GEMEINSAM.SICHER“ stand Kooperation in Favoriten im Vordergrund. Die Bekämpfung der Suchtmittelszenen, Jugendbanden und Rowdys aller Art stehen im Mittelpunkt der Polizeiarbeit.

Kriminalprävention ist umso effizienter, je früher man damit beginnt – und je mehr Beteiligte dabei an einem Strang ziehen. Also sollte man sich insbesondere um Kinder und Jugendliche kümmern und sich auch mit jenen Akteuren an einen Tisch setzen, die von sich aus wahrscheinlich nicht den Kontakt zur Polizei gesucht hätten. Mit diesem Ansatz hat Oberst Johann Wlaschitz, BA, seit Oktober 2018 Stadtpolizeikommandant in Favoriten, schon in den 1990er-Jahren Erfolg gehabt; mittlerweile nutzt *GEMEINSAM.SICHER* die in Jahrzehnten aufgebauten Strukturen.

Wlaschitz könnte man für einen „echten“ Favoritner halten. In gewisser Weise ist er es auch, denn schon seit 1990 versieht der aus Wulkaprodersdorf stammende Burgenländer im 10. Bezirk seinen Dienst. Mit Unterbrechungen, die ihn aus Gründen der Personalknappheit vorübergehend in den 1., 12. und den 23. Bezirk sowie in das damalige Generalinspektorat geführt haben, war er als leitender Beamter immer Angehöriger der Polizei in Favoriten. Als eingeteilter Beamter versah er von 1979 bis 1986 in der Sicherheitswache-Abteilung Wieden seinen Dienst und in den Jahren 1986/1987 als dienstführende Beamter in der Sicherheitswache-Abteilung Innere Stadt.

Jugendbanden. Die Situation, die Wlaschitz 1990, 13 Jahre nach seinem Eintritt in den Polizeidienst, in Favoriten vorfand, war alles andere als einfach. Anfang der 1990er-Jahre machten



Johann Wlaschitz: In der Kriminalprävention ist nicht nur der frühe Ansatz wichtig, sondern auch, dass möglichst viele Beteiligte eingebunden sind.

Jugendbanden den Bezirk unsicher. Zahlreiche Raubüberfälle gingen auf ihr Konto. Die „Kinks“ trieben sich beim Karl-Wrba-Hof herum, die rechten „Glutzen“ in der Hanssonsiedlung, die „Zurcz-Partie“ am Reumann-Platz, die „Red Brothers“, die „Blue Brothers“ und die „Bakanovic-Bande“ waren wienweit unterwegs und wagten sich auch aus anderen Bezirken in die Favoritner Parkanlagen und zum Reumannplatz. Handlungsbedarf war angesagt.

Die Exekutive gründete die „Gruppe Jugendbanden“, mehrere mit der Thematik befasste Akteure schlossen sich zum „Regionalteam Favoriten“ zusammen, dem Wlaschitz ab 1991 als erster Polizist angehörte: Sozialarbeiter, Parkbetreuer und Mitarbeiter von Jugendzentren mussten als erste Aufgabe ihre Vorbehalte gegenüber der Polizei – und umgekehrt – überwinden. Doch bald gelang es allen Beteiligten, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen. „Die Wege waren teilweise

verschiedene, aber wir haben ein gemeinsames Ziel gehabt: Jugendliche sollten sich in die Gesellschaft integrieren und sich nicht selbst ausschließen“, erzählt Wlaschitz.

In der Prävention konnte jeder Akteur seine Stärken einbringen und damit die anderen unterstützen. So ersuchte die Polizei die Sozialarbeiter, mit den Angehörigen einer „verhaltensauffälligen“ Jugendgruppe zu reden. Dann wieder gab es Probleme mit einer bezirksfremden Bande, um die sich die Polizei kümmern sollte. Als letztes Mittel Zwangsmaßnahmen einzusetzen, blieb ebenfalls der Exekutive vorbehalten. Die Botschaft war klar: „Wenn ihr Unsinn macht, müsst ihr damit rechnen, dass ihr eingesperrt werdet.“

Gegen Gewalt. 2005 wurde die Initiative „Schule und Polizei – Gemeinsam gegen Gewalt“ ins Leben gerufen, bei der die Polizei mit Schulen zusammenarbeitet. Schuldirektorinnen, -di-



Im neuen Austria-Stadion hat auch die Polizei ausreichend Platz.

rektoren und die zuständigen Kommandanten der Polizeiinspektionen lernten einander kennen und fassten Vertrauen zueinander. Die Intensität der Zusammenarbeit wurde deutlich erhöht, bei Problemstellungen sucht man gemeinsame Lösungsansätze. Der Bedarf ist gegeben, denn in Favoriten gibt es 45 Pflichtschulen mit insgesamt 15.000 Kindern und Jugendlichen in der Altersklasse bis zu 15 Jahren und etwa 1.250 Lehrenden.

Cyber-Mobbing. Die Formen der Gewalt unter Jugendlichen haben sich im Laufe der Zeit verändert. So kommt es heute weniger oft zu Raufereien auf offener Straße, dafür hat der psychische Druck zugenommen, der zunehmend über soziale Medien ausgeübt wird. Durch Cyber-Mobbing werden Außenseiter auch außerhalb der Schule drangsaliert.

Nicht nur die Jugendlichen kommunizieren über Plattformen wie Facebook oder WhatsApp. Auch die Polizei nutzt die sozialen Medien für Recherchen. „Früher hat es zum Teil 15 bis 20 Raubüberfälle bei einer Schule gegeben, bis wir herausgefunden haben, wer die Täter waren. Jetzt können wir schon früher etwas erkennen“, berichtet Wlaschitz. Auch die Tatsache, dass sich Jugendliche die Treffpunkte für ihre – nicht immer legalen – Aktivitäten spontan über Smartphone ausmachen, erfordert eine veränderte Vorgehensweise der Polizei.

Dass Konflikte generell gewalttätiger ausgetragen werden als früher, kann Wlaschitz nicht bestätigen. „Alle Ausländer“ in einen Topf zu werfen, werde der Realität ebenfalls nicht gerecht. Nicht für alle Asylsuchende, aber für bestimmte Gruppen – etwa für Afghanen – gehöre es einfach dazu, immer ein Messer mitzubringen. Bei Kontaktaufnahmen mit Menschen aus dem ehemaligen Ostblock profitiert Wlaschitz von seinen Kenntnissen der slawischen Sprachen, da er sich mit diesen Personen in ihrer Muttersprache verständigen kann.

In den Medien wird Favoriten oft als gefährlicher dargestellt, als es ist, meint Wlaschitz. Auch wenn es in Favoriten mehr verhaltensauffällige Jugendliche gibt als in anderen Bezirken, sei der tragische Tod eines Passanten, der im November 2018 durch den Fußtritt eines türkisch/österreichischen Jugendlichen zu Sturz kam und an einer Kopfverletzung verstarb, zum Glück ein Einzelfall. Bei mehreren Delikten habe es zum Teil deutliche Verbesserungen gegeben.

Drogenhandel. Mitte der 1990er-Jahre wurde nicht nur die Jugendkriminalität ein Thema in Favoriten, sondern auch der Drogenhandel. „Der 10. Bezirk war das Suchtgift-Zentrum von Wien. Sogar aus Niederösterreich, dem Burgenland und der Steiermark sind Süchtige ‘zum Einkaufen’ hier hergekommen“, erinnert sich Wlaschitz. Viele schwarzafrikanische Suchtgifthändler hatten ihre Zimmer in den Asylunterkünften in Favoriten. In mehrjähriger intensiver Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt und durch verstärkte Streifen konnte die offene Suchtgiftszene aus Favoriten gedrängt werden. „Jetzt wohnen unverändert mehr als zehn Prozent der Suchtgiftabhängigen Wiens in Favoriten. Es gibt aber keine öffentlichen Plätze mit intensivem Handel mehr“, schildert Wlaschitz die derzeitige Situation.

Für einen anderen „Dauerbrenner“ sorgt das in Favoriten beheimatete



Johann Wlaschitz und Walter Czapek: Tägliche Besprechungen.

Austria-Stadion. 1992 suchte die Polizei Kontakt zum Verein und den Fangruppen, nachdem das Entzünden von Magnesium-Pulver auf der alten West-Tribüne rund ein Dutzend Verletzte zur Folge gehabt hatte. Das Projekt „Fußballkontaktbeamte“ wurde ins Leben gerufen. Uniformierte Polizisten kamen – nach entsprechenden Schulungen – immer wieder in den Fan-Sektoren zum Einsatz. So lernten die Polizisten verhaltensauffällige Fans kennen und die Fans „ihre“ Polizisten.

Bei Straftaten wurde konsequent, aber menschlich eingeschritten. Viele der jugendlichen Fußballfans waren auch in Favoriten beheimatet, wodurch es Überschneidungen der Bereiche Fußballszene, Suchtgift und Jugendbanden gab. Das Projekt „Fußballkontaktbeamte“ war österreichweit einzigartig und wurde zum „Szenekundigen Dienst“ weiterentwickelt. Mittlerweile herrscht zwischen Fanclub und Polizei eine gewisse gegenseitige Akzeptanz.

Angesichts der Fülle an Problemstellungen, mit denen die Polizei im 10. Bezirk konfrontiert ist, hegt Wlaschitz einen – in naher Zukunft wohl unerfüllt bleibenden – Wunsch: „In Favoriten haben wir mehr als zehn Prozent der Einwohner Wiens und durchschnittlich mehr als zehn Prozent der strafrechtlichen Delikte und Einsätze. Also hätten wir gern auch mehr als zehn Prozent der Wiener Polizisten.“

Rosemarie Pexa

Hilfe zur Selbsthilfe

Die Mitarbeiterbetreuung der Landespolizeidirektion bietet Kolleginnen und Kollegen der Exekutive und der Verwaltung Unterstützung bei beruflichen und privaten Problemen.

Bei jedem Menschen gibt es im Leben Phasen, in denen er es schwerer hat“, erklärt OR Mag. Dr. Angelika Schäffer, Leiterin der Mitarbeiterbetreuung der Landespolizeidirektion Wien. „Die Ursachen können familiäre Schwierigkeiten, berufliche Veränderungen oder traumatische Ereignisse sein, mit denen man fertig werden muss. Da reichen die eigenen Ressourcen kurzzeitig nicht aus, um eine Normalisierung zu erzielen.“ Angelika Schäffer betreut mit ihrem Team Personen, die Probleme in der Regel selbst bewältigen können und nur in einer bestimmten Situation Unterstützung brauchen.

Es geht um Hilfe zur Selbsthilfe, bevor sich so viel aufgestaut hat, dass der Betroffene in ein Burn-out-Syndrom schlittert, innerlich kündigt oder eine Therapie durch einen Psychologen bzw. Psychiater nötig wird. Therapie ist die Beratung nämlich keine, auf diese Abgrenzung legt Schäffer Wert. Der Unterschied zu dem vom BMI angebo-



Angelika Schäffer: „Eine Traumatisierung ist eine normale Reaktion auf ein abnormales Ereignis.“

tenen „Peer-Support“ liegt im Auslöser der Krise: Die „Peers“ des BMI sind in Akutfällen nach belastenden Amtshandlungen zur Stelle, während die Mitarbeiterbetreuerinnen die richtigen Ansprechpartner sind, wenn der Grund für die aktuelle Krise schon länger zurückliegt oder dieser nicht (nur) im beruflichen Umfeld zu finden ist. Mitarbeiterbetreuung und Peer-Support kooperieren und weisen einander gegebenenfalls auch Fälle zu.

Wie die Mitarbeiter vom Peer Sup-

port kommen auch Schäffer und ihre Kolleginnen von der Mitarbeiterbetreuung aus dem Polizeidienst. Sie verfügen somit über das nötige interne Wissen, um berufstypische Herausforderungen und Probleme zu verstehen, haben aber zusätzliche Qualifikationen für ihre Beratungstätigkeit erworben. Schäffer ist Klinische-, Gesundheits- und Notfallpsychologin und absolviert derzeit den Master-Lehrgang in Klinischer Psychologie. Michaela Grünwald ist Psychotherapeutin in Ausbildung unter Supervision, Amtsdirektorin Clarissa Valda ist diplomierte Lebens- und Sozialberaterin. Unterstützt werden sie von Assistentin Amtsdirektorin Isabella Krische.

Niederschwelliges Angebot. Schäffer ist nicht nur Leiterin der Mitarbeiterbetreuung, sondern gehört auch dem Peer-Support-Team an. Ihre Karriere bei der Polizei begann 1993. Ab 1999 war sie Auszubildende in der Polizeischule und studierte berufsbegleitend Psychologie. Danach folgten Tätigkeiten in der Sicherheitsakade-



Erstgespräche dauern meist ein bis eineinhalb Stunden. Meist reichen drei bis fünf Treffen bis zur Stabilität aus.

mie, im Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung, beim *Weißer Ring* und als selbstständige Beraterin für Firmen und Organisationen. Die Mitarbeiterbetreuung, die sie im November 2018 übernommen hat, liegt ihr besonders am Herzen, da es mit dieser ein umfassendes niederschwelliges Angebot gibt.

Stress- und Motivationskrisen. An Schäffer und ihre Kolleginnen können sich Mitarbeiter des Exekutiv- und des Verwaltungsdienstes wenden, wenn sie Unterstützung bei der Bewältigung von Problemen, in Stress-Situationen, bei Motivationskrisen oder beim Wunsch nach beruflicher Veränderung brauchen. Der Großteil der Ratsuchenden meldet sich selbst telefonisch oder – seltener – per E-Mail bei der Mitarbeiterbetreuung, um einen Beratungstermin zu vereinbaren. Anonymität und Vertraulichkeit der Gespräche sind selbstverständlich garantiert.

Wenn jemand zu einer anderen Dienststelle wechseln möchte, kann er die Betreuerin der Vertraulichkeit ent-

heben. Die Gründe für die angestrebte Versetzung sind vielfältig und reichen vom Wunsch nach persönlicher Weiterentwicklung über zwischenmenschliche Probleme bis hin zu klassischem Mobbing. Die Mitarbeiterbetreuung nimmt dann Kontakt mit der Personalabteilung auf, um gemeinsam eine optimale Lösung zu suchen. „Es hängt natürlich davon ab, welche Stellen frei sind – aber der Polizeiberuf ist vielseitig, da gibt es viele Veränderungsmöglichkeiten“, sagt Schäffer.

Mediation. In manchen Fällen wendet sich auch eine Organisationseinheit, eine Führungskraft oder die Per-

sonalabteilung an Schäffer und ihre Kolleginnen. Dann besteht Berichterstattungspflicht, was man den betroffenen Mitarbeitern auch mitteilt. Unterstützung wird etwa im Rahmen eines Pensionierungsverfahrens bzw. nach längerem Krankenstand angefordert.

Bei Konflikten in einer Dienststelle ist es die Aufgabe der Mitarbeiterbetreuung, die Mediation zu übernehmen. Das kann in Form von Gruppen- oder von Einzelgesprächen erfolgen.

„**Dauerbrenner**“ bei den Beratungsgesprächen sind im beruflichen Kontext Schwierigkeiten mit Kollegen oder Vorgesetzten, Rückkehr an den Arbeitsplatz nach längerer Krankheit oder Karenz, bevorstehende Pensionierung und Überlastung bis hin zum Burn-out. Besonders ältere Kolleginnen und Kollegen empfinden den Schichtdienst mit unregelmäßigem Schlaf und Essen belastend oder stre-

Besonders ältere Kolleginnen und Kollegen empfinden den Schichtdienst mit unregelmäßigem Schlaf und Essen belastend.

ben eine Stundenreduzierung an, was aber Gehaltseinbußen bedeutet.

Für die Entscheidung, welche Veränderung zielführend ist, werden beide Seiten betrachtet: Was ist am jeweiligen Arbeitsplatz möglich bzw. welche andere Stelle wäre geeignet? Wie kann

man den Wünschen des Betroffenen an besten entsprechen und seine Situation, auch finanziell, berücksichtigen? Das Ergebnis kann dann durchaus eine „kreative“ Lösung sein, etwa bei einem längeren Anfahrtsweg tageweise Telearbeit, bei der man Berichte und Protokolle zu Hause schreibt, statt die Stundenanzahl zu reduzieren.

Traumatische Ereignisse. Mitunter sind es auch traumatische Ereignisse, die Betroffene veranlassen, sich Unterstützung zu holen. Zur Betreuung nach besonders belastenden Amtshandlungen – etwa bei Waffengebrauch oder wenn man selbst bzw. ein Kollege verletzt worden ist – steht der Peer-Support zu Verfügung. Allerdings bemerkt nicht jeder gleich, wie nahe ihm das Erlebte tatsächlich geht. „Manche funktionieren einfach weiter. Aber irgendwann folgt dann der innerliche Zusammenbruch, oft in Ruhephasen wie im Urlaub“, erklärt Schäffer.

Zu den Risikofaktoren zählen die Schwere einer Tat und der persönliche Bezug. Betroffen macht es auch, wenn Kinder oder Jugendliche Opfer eines Verbrechens bzw. Unfalls geworden sind – insbesondere dann, wenn man selbst Nachwuchs im gleichen Alter hat. „Ein Jugendlicher wird bei einem Verkehrsunfall getötet. Sein Handy läutet – und auf dem Display steht ‚Mama‘“, schildert Schäffer einen hypothetischen, extrem belastenden Fall, da man ohne Vorbereitung nicht nur mit dem Tod eines jungen Menschen, sondern auch mit den Emotionen einer Angehörigen konfrontiert ist.

Wie gut jemand mit einer derartigen Situation fertig wird, hängt auch von der subjektiven Bewertung ab. Nicht jeder potenziell traumatische Einsatz ist Auslöser für ein Störungsbild. Mitunter liegt eine – oft unbemerkt gebliebene – Traumatisierung aufgrund eines länger zurückliegenden Ereignisses vor, und ein wesentlich weniger gravierender Vorfall führt dazu, dass alte Verletzungen wieder aufbrechen. Manchmal wendet sich jemand



Angelika Schäffer: „Manche funktionieren einfach weiter. Aber irgendwann folgt der Zusammenbruch.“

wegen eines aktuellen Ereignisses an die Beraterinnen, dann kommen noch weitere Probleme ans Tageslicht.

Viele „Kleinigkeiten“. Im Privatleben sind es oft Trennungen, Todesfälle, aber auch länger andauernde Konflikte in der Familie oder finanzielle Engpässe, die den Betroffenen auf der Seele liegen. Oft sind gar keine besonders schwerwiegenden Dinge passiert, sondern „nur“ viele kleinere Ärgernisse, Kränkungen und Sorgen zusammengekommen. „Entscheidend ist die Summe der Erlebnisse, beruflich und privat. Wenn etwa die Stütze durch den Ehepartner wegfällt oder es gesundheitliche Probleme gibt, braucht es oft eine kurze Intervention“, sagt Schäffer.

Je früher diese stattfindet, desto besser. Bei akuten Problemen holen sich die Betroffenen meist relativ rasch Unterstützung. In allen anderen Fällen wird häufig zuerst versucht, mit eigenen Ressourcen eine Lösung zu finden. „Viele haben eine lange Leidensgeschichte hinter sich, bevor sie bei uns anrufen. Auch Selbstmedikation mit Alkohol oder Medikamenten kommt vor“, berichtet Schäffer. Handelt es sich bereits um ein klinisches Störungsbild, dann stellen die Beraterinnen auf Wunsch den Kontakt zu einem Arzt oder Therapeuten her.

Nimmt jemand einen Kassentherapeuten oder -psychologen in Anspruch, kann er einen Zuschuss von der BVA beantragen. Nachdem dadurch die Anonymität wegfällt, verzichten aber manche auf die finanzielle Beihilfe.

„Zum ‚Vogelidoktor‘ zu gehen wird stigmatisiert, psychologische Unterstützung ist noch nicht bei allen positiv besetzt“, bedauert Schäffer. Gerade Polizisten, deren Selbst- und Fremdbild von Stärke geprägt ist, scheuen sich oft nach wie vor, bei psychischen Problemen professionelle Hilfe zu suchen.

Die Akzeptanz nimmt allerdings zu, das hat Schäffer auch bei der Mitarbeiterbetreuung festgestellt. Wer den ersten Schritt zur Kontaktaufnahme gewagt hat, kann sich aussuchen, ob er in die Beratungsstelle in Simmering kommen oder sich etwa in einem Kaffeehaus oder zu einem gemeinsamen Spaziergang im Park treffen möchte. Das Erstgespräch dauert meist eine Stunde bis eineinhalb Stunden, dann wird vereinbart, ob weitere Treffen gewünscht sind. In der Regel reichen drei bis fünf Kontakte aus, um eine Stabilisierung zu erzielen.

Nicht allein. „Wichtig ist, dem Betroffenen das Gefühl zu vermitteln, dass er mit seinem Problem nicht allein ist und ernst genommen wird. Eine Traumatisierung stellt eine normale Reaktion auf ein abnormales Ereignis dar“, erklärt Schäffer. Manche Ratsuchende haben Angst, verrückt zu werden, weil sie das Erlebte immer wieder vor ihrem geistigen Auge sehen oder in der Nacht hochschrecken und von quälenden Erinnerungen heimgesucht werden.

Eine Unterstützung in derart belastenden Situationen ist nicht nur für den Betroffenen selbst wichtig, sondern auch für die gesamte Organisation von Nutzen. So können längere Krankenstände oder Frühpensionierungen oft abgewendet werden. „Der Bedarf ist erkannt worden“, so Schäffer, „unser Personal wird aufgestockt werden, das Angebot ausgeweitet.“ Geplant sind etwa weitere gesundheitsfördernde Maßnahmen.

Kontakt: Mitarbeiterbetreuung der LPD Wien, 1110 Wien, Simmeringer Hauptstraße 164, Tel. 0131310/71987

Rudolf Schneider & die „Wiener Folie“

Rudolf Schneider, Polizeiagent im Erkennungsamt der Wiener Polizei, revolutionierte 1909 mit einer von ihm erfundenen Folie das genaue Sichern und Abnehmen von Fingerabdruckspuren an Tatorten.

Die Daktyloskopie, das Erfassen der Fingerkuppenabdrucke und Abdruckspuren zur Aufklärung von Straftaten, revolutionierte Ende des 19. Jahrhunderts die Kriminalistik. 1903 wurde die Daktyloskopie nach dem System Galton-Henry auch in Österreich eingeführt.

Ein großes Problem war damals das genaue Sichern und Abnehmen von Fingerabdruckspuren an Tatorten. Ein Polizeiagent des Erkennungsamts der Wiener Polizei leistete in diesem Bereich Pionierarbeit: Rudolf Schneider, 1873 in Wien geboren, arbeitete als Fotograf beim Militärkomitee und später als Retuscheur in einer Wiener Kunstanstalt.

Zunächst in der Körpervermessung. Im Jahr 1900 trat er in das Erkennungsamt der Wiener Polizei ein, wo er zunächst in der Körpervermessung tätig war. Nach der Einführung der Daktyloskopie beschäftigte er sich mit der Spurensicherung und baute die fotografische Abteilung des Erken-



Kriminalist Rudolf Schneider: Erfinder der „Wiener Folie“.

nungsamtes aus. Unter anderem konstruierte er eine Kamera, um Aufnahmen von Häftlingen zu machen, ohne dass diese es merkten. Sein Hobby war die Malerei, er malte unter anderem

Bilder für das 1899 eröffnete Polizeimuseum.

„Schneidersche Folie“. Die Sicherung von Fingerabdrücken an Tatorten war mühevoll, die Fotokameras waren schwer, die Spurensicherung auf Glasflächen, an exponierten Stellen oder bei schlechtem Licht war schwierig. Wurden etwa an einem Fenster Spuren gefunden, musste meist der Fensterflügel ins Labor gebracht werden.

Rudolf Schneider dachte über Methoden zur besseren Sicherung von Fingerabdruckspuren nach. Er entwickelte 1909 eine „Folie zur Abnahme und Fixierung von Fingerabdruckspuren“. Die Abdruckspur wurde hell eingestäubt und darüber die dunkle, leicht klebende Folie gepresst. Die Folie wurde vorsichtig abgezogen und die darauf abgezeichneten hellen Papillarlinien des Spurenverursachers wurden im Labor fotografiert und vergrößert.

Schneider ließ das Verfahren 1911 patentieren und gab eine „Anleitung zur Fixierung von Fingerabdruckspuren auf dem Tatorte nach einem neuen

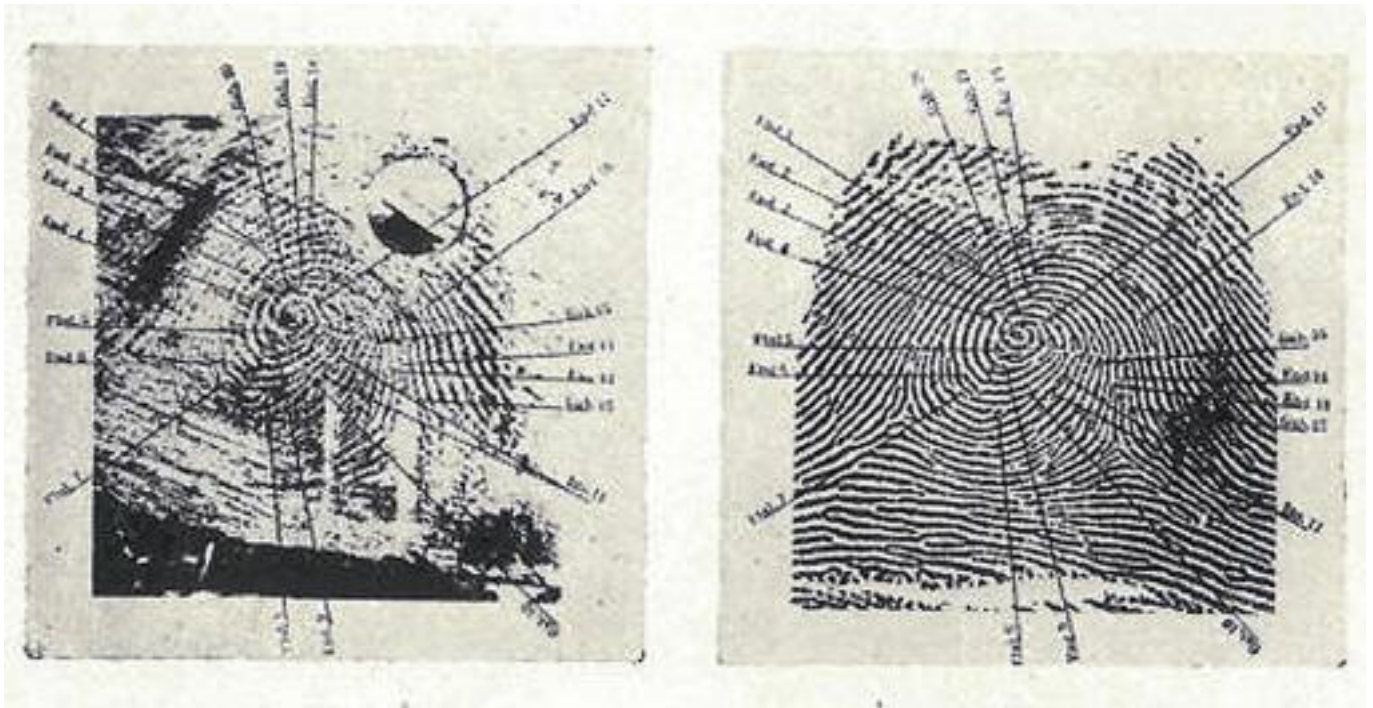


Bild aus der Anleitung zur Schneider-Folie (1911).

Verfahren“ heraus. Darin erläuterte er die neue Technik: „Die Abdruckspur wird wie bisher durch Einstauben sichtbar gemacht und dann mittels einer zum Patente angemeldeten Folie von dem Objekte, auf dem sich die Spur befindet, abgehoben. Dieses Abheben geschieht in einer Weise, dass die Folie nach Abnahme der darauf befindlichen Schutzplatte auf die Stelle, wo sich die eingestaubte Abdruckspur befindet, leicht aufgedrückt wird, wodurch sich diese vom Objekt auf die Folie überträgt. Die mit der Abdruckspur versehene Folie wird sohin vom Gegenstande abgezogen, wieder mit der Schutzplatte bedeckt, und es kann nunmehr die auf dieser Folie fixierte Abdruckspur in einem beliebigen späteren Zeitpunkte photographisch aufgenommen werden.“ Mit der biegsamen „Schneiderschen Folie“ konnten Spuren auch von unebenen Flächen gesichert werden.

Ab 1915 stellte Schneider eine Transparentfolie her, mit der er seitenrichtige Spurenbilder erhielt. Er verwendete nun zum Einstauben schwarz-

es statt weißes Pulver. Rudolf Schneider wurde Leiter der fotografischen Abteilung des Erkennungsamtes, trat 1923 in den Ruhestand und widmete sich der Herstellung und dem Vertrieb der „Schneider-Folie“, die bis 1938 in 40 Staaten der Welt geliefert wurde. Er verkaufte auch andere Materialien für kriminalistische Zwecke.

„Folien-Vogel“ ab 1947. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs musste Rudolf Schneider das Geschäft einstellen, weil die Werkstätte ausgeplündert worden war. Seine Tochter Eugenie Vogel, die einen aus Bayern stammenden

der half beim Aufbau mit. Eugenie Sohn Walter Vogel und seine Frau Hermine führten das Geschäft ab 1957 weiter. Polizeiorganisationen in mehr als 60 Ländern der Welt zählten damals zu den Kunden von „Folien-Vogel“. Walter Vogel entwickelte eine Fuß- und Staubsprengfolie und eine Jodspurenfolie und war als Filmemacher tätig.

Tod nach sechs Schlaganfällen. Folienfinder Rudolf Schneider, 1917 von Kaiser Karl mit dem „Kriegskreuz für Zivilverdienste“ ausgezeichnet, starb nach sechs Schlaganfällen im Jahr 1951.

Der „Folien-Vogel“ ist heute noch ein Familienbetrieb. Er wird vom Ur-

Mit der biegsamen „Schneiderschen Folie“ konnten Spuren auch von unebenen Flächen gesichert werden.

Opernsänger heiratete, nahm 1947 den Betrieb unter dem Namen „Folien-Vogel“ wieder auf. Innenminister Oskar Helmer organisierte eine Betriebsstätte in der Landstraßer Hauptstraße, wo die Firma bis 1965 war. Rudolf Schnei-

enkel Schneiders, Walter Diego Vogel, in der Columbusgasse in Wien-Favoriten geführt. Er produziert neben vielen anderen Artikeln noch die Originalfolie – Rudolf Schneiders „Wiener Folie“.

Werner Sabitzer

SACHBUCH

ÜBERZEUGEND



Wenn zwei Personen mit einander „kommunizieren“, bedeutet das noch

lange nicht, dass der eine den anderen versteht und schon gar nicht, dass der eine die Meinung des anderen übernimmt. Überzeugungskommunikation gilt als hohe Kunst. Simon Lancaster beherrscht diese Kunst. Er beschäftigt sich seit vielen Jahren damit, wie Kommunikation überzeugend sein kann. Er hat sich mit der Kombination aus körperlicher, verbaler und sprachlicher Kommunikation auseinandergesetzt. Er beschreibt in seinem Buch beispielsweise, wie Metaphern wirken, wie Körpersprache wirkt und wie die emotionalen und rationalen Anteile von Kommunikationsinhalten zusammenspielen.

Simon Lancaster begann Ende der 1990er-Jahre damit, Reden für Kabinettsmitglieder des damaligen britischen Premierministers Tony Blair zu schreiben. Heute berät er Geschäftsführer weltweiter Konzerne, wie *Unilever* oder *Intercontinental Hotels* und er ist Lehrbeauftragter an verschiedenen Institutionen.

Simon Lancaster: „Winning Minds – Die Geheimnisse überzeugender Kommunikation“, Springer-Verlags GmbH, Berlin, 2018; www.springer.com



Bild: Boris Breuer

Julia Shaw: Ein „anderes“ Buch über das Böse.

SACHBUCH

DIE ABGRÜNDE IN UNS

Wer ein neues Buch über Täterprofilierung erwartet, liegt falsch, denn die Wissenschaftlerin Julia Shaw hat einen anderen Zugang. Sie hat ihr Buch „Böse – die Psychologie unserer Abgründe“ erfrischend anders angelegt als viele vor ihr, die sich mit dem Bösen im Menschen beschäftigt haben. In ihrem Buch schreibt sie, sie habe eine „Abneigung gegen Typologien“, bei denen Mörder nach ihren „Machtgelüsten“ oder nach den Umständen klassifiziert werden, wie sie einen Tatort hinterlassen haben. Shaw setzt sich mit Typologien auseinander, die auf wissenschaftliche Weise erforscht wurden, etwa jene von Albert Roberts, der Tötungsdelikte nach den Motiven der Mörder klassifiziert, nach Umweltfaktoren, Demografie und nach zwischenmenschlicher Dynamik.

Shaw erläutert Studien, in denen erforscht wurde, worin sich „normale“ Menschen von jenen unterscheiden, die einen Mord begangen haben. Sie kommt zu dem Schluss, dass das Gehirn eines Massenmörders – etwa jenes von Adolf Hitler – wahrscheinlich nicht viel anders ausgesehen hätte als jenes eines sozial Unauffälligen. Auch die „dunkle Triade“ (Psychopathie, Narzissmus und Machiavellismus, die in den letzten Jahren um den Sadismus zur „dunklen Tetrade“ erweitert wurde) umfasst Eigenschaften, die nicht nur auf Menschen zutreffen, die wegen eines Mordes im Gefängnis sitzen, sondern auch auf Wissenschaftler und Firmenbosse.

Julia Shaw ist in Köln geboren, in Kanada aufgewachsen und forscht am *University College* in London. Ihre Hauptgebiete sind neben der Rechtspsychologie die Erinnerungen des Menschen – etwa als Zeugen – und künstliche Intelligenz. Sie berät unter anderem die Polizei in deutsch- und englischsprachigen Ländern.

Julia Shaw: „Böse – die Psychologie unserer Abgründe“, Carl Hanser Verlag, München, 2018; www.hanser-literaturverlage.de

KRIMI

NACHKRIEGSZEIT



Dresden (DDR), 1951: Oberkommissar Max Heller erhält

den Auftrag, das Ableben zweier Angehörige der Sekte „Zeugen Jehovas“ aufzuklären. Die beiden Männer sind in Haft ums Leben gekommen. Sie waren unter Verdacht gestanden, für den Westen Spionage betrieben zu haben.

Daneben hat Heller private Sorgen: Kurz nachdem er, seine Frau Karin und ihre Pflegetochter Anni aus dem Sommerurlaub zurückgekehrt waren, hat Hellers Frau überraschend eine Reiseerlaubnis nach Köln in Westdeutschland erhalten. Ihr Sohn lebt dort seit Kriegsende. Sie hat ihn in den letzten sechs Jahren nicht mehr gesehen und nützt die Reiseerlaubnis, ohne zu zögern. Jetzt hat Heller Zweifel, ob seine Frau jemals wieder nach Ostdeutschland zurückkehren wird.

Es kommt zu weiteren mysteriösen Todesfällen. Hellers Assistent Oldenbusch verschwindet, und es scheint, als sei eine Verschwörung im Gange.

Frank Goldammer: „Roter Rabe“, Deutscher Taschenbuch Verlag Premium, München, 2019 www.dtv.de



STILBLÜTEN

„Anrufer gibt sich als falscher Kripo-Beamter aus“

Westfälische Nachrichten

„Niederösterreichs Kleinstwasserkraftwerke sitzen auf dem Trockenen“

Wirtschaftspresse

„Rauch hält Rettungskräfte gleich mehrfach in Atem“

saarbrücker-zeitung.de

„Tiefgarage ist wieder aufgetaucht“

Elmshorner Nachrichten

„Einbrecher verschaffen sich Zutritt zu den eigenen vier Wänden“

Cuxhavener Nachrichten

An indischen Flughäfen erhielten Polizisten die Anweisung, nicht mehr freundlich zu lächeln – um Terroristen abzuschrecken.“

Heute

„Wasser-Ski-Show fällt wegen Trockenheit ins Wasser“

Konstanzer Anzeiger

„Rege Vereinsaktivitäten sorgen für Nachwuchs“

Wiesbadener Kurier

SCHLUSSLICHT



Erster Revolver der Wiener Sicherheitswache (1884).

DER ERSTE SICHERHEITSWACHE-REVOLVER

Nach der Gründung der k. k. Sicherheitswache 1869 gingen die Polizisten in Wien mit einem Säbel bewaffnet auf Streife. Gewehre wurden nur in der Nacht und bei Streifen in gefährlichen Gegenden mitgeführt. 1883/84 verübten Anarchisten im Großraum Wien Raubmorde und erschossen zwei Polizeibeamten. Aus diesem Grund erhielt die Wiener Polizei 500 Revolver. In der sechsschüssigen Waffe der Marke Gasser mit dem Kaliber 9 mm war auf dem Rahmenrücken die Beschriftung „K. K. Sicherheitswache Revolver“ eingraviert. Bei der Grazer Sicherheitswache wurde der Gasser-Revolver ebenfalls als Dienstwaffe verwendet. In dieser Waffe war auf der Rahmenbrücke die Bezeichnung „Grazer Sicherheitswache“ eingraviert. Bald darauf wurden auch Geldbriefträger der Post, Justizwachebedienstete und andere Behördenmitarbeiter mit dem Gasser-Revolver ausgestattet und statt „K. K. Sicherheitswache Revolver“ stand auf dem Rahmenrücken „K. K. Post- und Polizeirevolver“. Unter dieser Bezeichnung war die Faustfeuerwaffe auch im privaten Waffenhandel erhältlich. Der „K.K. Sicherheitswache Revolver“ wurde 1912 von der modernen Steyr-Repetierpistole, Modell 1909, Kaliber 7,65 mm Browning, ersetzt. W. S.

ZITATE

„Der große Verbrecher ist auch ein ganz großer Psychologe.“

*Gerichtspsychiater
Reinhard Haller*

„Jeder Mensch kann töten. Und er wird es tun, kommt er nur an eine ganz bestimmte Grenze.“

*Veikko Bartel, Strafverteidiger und Sachbuchautor
(„Mörderinnen“)*

„Das klassische Wiener Schnitzel darf nach herkömmlichen Kochbüchern und nach der üblichen Verbrauchererwartung nur noch aus Kalbfleisch zubereitet werden.“

Aus einem amtlichen Schreiben des Innenministeriums an die Ämter der Landesregierung und an die Wirtschaftspolizei im Jahr 1970

„Vor Beginn des Unterrichts haben sich die Schüler, reinlich und anständig gekleidet, in der Schule einzufinden und in angemessener Ruhe den Beginn des Unterrichts abzuwarten.“

§ 11 der bis in die 1970er-Jahre gültigen Österreichischen Schulordnung 1945

IMPRESSUM Herausgeber: Landespolizeidirektion Wien, 1010 Wien, Schottenring 7-9, vertreten durch Dr. Gerhard Pürstl, Mag. Franz Eigner, Dr. Michael Lepuschitz, MA. **Herausgebervertreter:** Gerald Baran, BA, Rudolf Haas, BA, Wolfgang Krammer, MA, Werner Matjazic, MA, Mag. Manfred Reinthaler, MA, Mag. Klaus Schachner, MA, Dr. Thomas Schindler, Xenia Zauner, MA. **Chefredakteur:** Dr. Gerhard Brenner. **Redaktionsanschrift:** 1010 Wien, Schottenring 7-9, Tel. (01) 31 310-76002, polizei.redaktion@aon.at. **Redaktion:** Prof. Ferdinand Germadnik, MSc, Maria Rennhofer-Elbe, BA, Werner Sabitzer, MSc, Mag. Rosemarie Pexa, Anna Strohdorfer, MA. **Weitere Autoren:** Friedrich Kovar, BA, Rudolf Prokschi. **Bilder:** Bernhard Elbe, Prof. Ferdinand Germadnik, MSc, Werner Sabitzer, MSc, Karl Schober. **Medieninhaber (Verleger) und Hersteller:** Wilhelm Bzoch GmbH, Wiener Straße 20, 2104 Spillern, Tel. (02246) 4634, Fax (02246) 4634-690, E-Mail: prepress@bzoch-medien.at. **Anzeigenleitung:** Johann Köchelhuber, Tel. (0664) 462 71 34. **Herstellungsort und Verlagspostamt:** Spillern. **Offenlegung:** (gem. § 25 Mediengesetz) Gesellschafter der Wilhelm Bzoch GmbH: Ing. Nikolaus Fidler (25 %), Helene Grünstäudl (25 %), Dr. Gabriela Fidler-Strake (50 %). **Grundlegende Richtung:** Informationsmedium für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landespolizeidirektion Wien und die am Thema Sicherheit interessierten Bürger. Kommentare und namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Um einen ungestörten Lesefluss zu erhalten, wird grundsätzlich die männliche Form verwendet und damit auch weibliche Bedeutungen mit umfasst. Der Nachdruck von Inseraten ist nicht gestattet; der vollständige oder teilweise Nachdruck von redaktionellen Beiträgen nur mit Zustimmung der Redaktion.